Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 237 — Gelsenkirchen, Freitag, den 10. Oktober 1930 — 12. Jahrgang

Hochwasser am Rhein

und an seinen Nebenflüssen

Das Wasser steigt stündlich – Hochwasserschäden im Rheinland
Ganze Stadtteile unter Wasser – Totes Vieh treibt auf den Flüssen

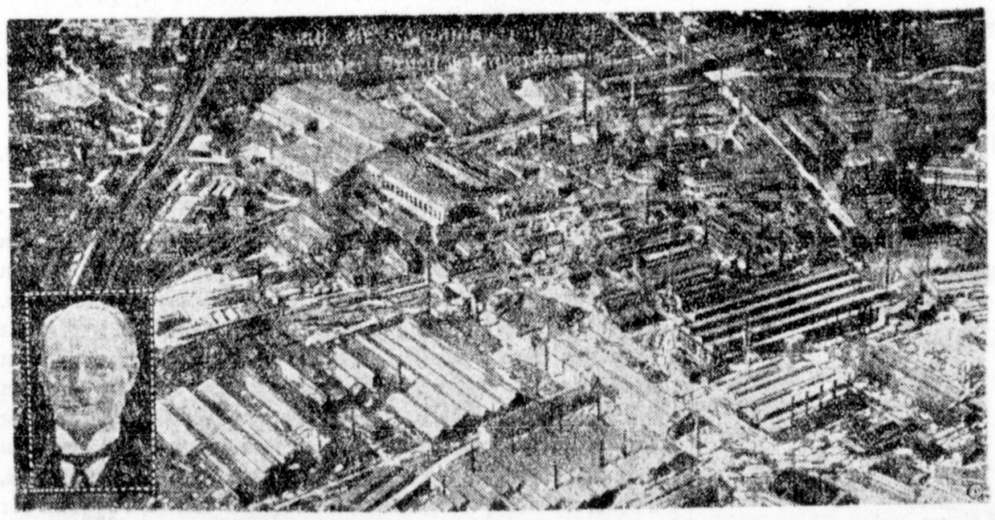
Die Hochwassergefahr in Süd- und Westdeutschland steigt. Die Rheinprovinz hat bereits erhebliche Hochwasserschäden zu verzeichnen. Der Rhein, die Mosel, der Main und ihre Nebenflüsse führen starkes Hochwasser. Die Mosel hat den Stand von 6,10 Meter über den Nullpunkt erreicht und steigt noch immer. Die Arbeiten an den Hochwasserschutzdämmen in Trier wurden eingestellt, da sie zum Teil durch das Hochwasser überschwemmt sind. 250 Mann mußten entlassen werden. Wo die Hochwasserschutzdämme noch nicht fertig sind, ist das Wasser in die Keller und zum Teil in zu ebener Erde liegende Wohnungen eingedrungen. Auf der Mosel treibt viel totes Groß- und Kleinvieh. Ein heftiger Wolkenbruch hat auf der Strecke Traben—Saarhölzbach ein Gleis überspült, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Auf der Eisenbahnstrecke nach Nonnweiler entstand infolge des Hochwassers ein Dammrutsch. Der Güterverkehr wurde hier ganz eingestellt, der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. An der Saar ist die Dillinger Hütte im unteren Teil von den Wassermassen überschwemmt, so daß die Arbeit eingestellt werden mußte. Das Dorf Nieder-Leuken steht halb unter Wasser. Die Strecke Trier—Saarburg ist dort unterbrochen. In Saarburg selbst ist die Unterstadt überflutet. In einigen Orten an der Ruwer mußten die Einwohner die Keller und die zu ebener Erde liegenden Wohnungen räumen. Auch die Kyll ist in ihrem unteren Lauf über die Ufer getreten und hat bei Ehrang große Flächen Ackerlandes, Unterführungen und Straßen unter Wasser gesetzt.

(Weitere Hochwasser-Nachrichten auf der 2. Seite.)

Hitler befiehlt Mißtrauensvotum

gegen die Regierung Brüning

Berlin, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Aus der ablehnenden Haltung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegenüber den Nationalsozialisten haben die Hitlerianer ihre Konsequenzen gezogen. Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Reichstagsfrakiton der Nationalsozialisten im Reichstag bereits einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning eingebracht, angeblich, „um die Sozialdemokraten zu zwingen, Farbe zu bekennen". Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der gegenwärtigen politischen Lage ist in der Entschließung der vergangenen Woche niedergelegt. Die sozialdemokratische Fraktion läßt sich in ihren politischen Entscheidungen weder durch taktische Manöver der Nationalsozialisten noch der Kommunisten auch nur irgendwie beeinflussen.



Neuer Abbau bei Krupp

Die Firma Krupp hat dem Regierungspräsidenten die Notwendigkeit der Entlassung von 2500 Arbeitern angezeigt, die im Laufe von vier Wochen zur Ausführung kommen soll. Unser Bild gewährt einen Blick auf die Kruppwerke in Essen, in der Ecke den Chef der Firma Dr. Krupp von Bohlen und Halbach.

Preußen auf der Wacht

Minister Waentig bespricht die politische Lage mit den Ober- und Regierungspräsidenten

Berlin, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstag begann im preußischen Innenministerium unter Leitung des Ministers Dr. Waentig eine Konferenz der oberen und mittleren Regierungsbeamten in Preußen. Der gemeinsamen Besprechung ging eine Beratung des Ministers des Innern mit den verantwortlichen politischen Leitern der Provinzen voraus, in der interne Fragen der Politik und der Verwaltung besprochen wurden. Auf der Konferenz selbst ging der Minister auf die augenblickliche Lage ein. Er wies darauf hin, daß die ungewöhnlich ernste politische und wirtschaftliche Situation die größte Aufmerksamkeit der Regierungsbehörden und ihrer Organe im Lande notwendig mache. Der Ausgang der Reichstagswahl habe die Unsicherheit und Undurchsichtigkeit der Lage noch verschärft. Die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches und der gesamten Wirtschaft wirkten sich natürlich finanziell auch auf Preußen aus, das in seinen Finanzen durchaus vom Reich abhänge. Gerade aber, weil heute die Entwicklung der nächsten Monate wirtschaftlich und politisch durchaus unsicher sei, müßten in ganz besonderem Maße die preußischen Verwaltungsbehörden auf dem Platze sein. Der preußische Staat habe sich bereits in früheren Krisenzeiten als Fels erwiesen, an dem sich die Wogen brechen. An diesem Zustande solle und würde sich auch in Zukunft nichts ändern. Der Minister gab zum Schlusse der Ueberzeugung Ausdruck, daß in stetiger enger Zusammenarbeit mit den Zentralbehörden auch fernerhin die preußischen Provinz- und Bezirksbehörden ihre ganze Kraft daran setzen würden, daß in Preußen trotz politischer Wirrnis die Autorität des Staates und die Ordnung und Sicherheit in keinem Augenblicke herabgemindert und beeinträchtigt würde.

Milzbrandbazillen und Explosivbleistifte

SPD. Haag, 7. Oktober. (Eig. Bericht.)

Die amerikanisch-deutsche Ausgleichskommission im Haag, die sich in den letzten Wochen eingehend mit dem deutschen Spitzelsumpf während des Weltkrieges in Amerika befaßte, hat ihre Arbeiten beendet.

Wenn es auch nicht das Ziel dieser Zeilen sein kann, auszumachen, ob der Bahnhof Black Tom und die Munitionsfabrik Kingsland durch deutsche Spitzel, wie die Amerikaner behaupten, in die Luft gesprengt sein sollen, wenn man selbst zuzugeben bereit ist, daß der amerikanische Vertreter Bonynge dafür keinen lückenlosen Beweis erbracht hat, so sind doch im Verlauf der wochenlangen Verhandlungen Dinge ans Licht gekommen, die auf die Gewissenlosigkeit der alten kaiserlichen Regierung ein bezeichnendes Licht werfen.

Zunächst mußte auch der deutsche Vertreter Dr. von Lewinsky zugestehen, daß die damalige deutsche Regierung in einem neutralen und anfangs noch befreundeten Lande solcher Sabotagemittel sich bedient hat, die nicht nur einen flagranten Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechtes, sondern auch gegen alle Auffassungen der Menschlichkeit bedeuten. Die deutschen Spitzel waren im Besitz von Milzbrandbazillen, mit denen sie Brunnen verseuchten. Es ist von untergeordneter Bedeutung, ob nach der Behauptung des Dr. von Lewinsky diese Milzbrandbazillen für Menschen unschädlich oder nach der Auffassung des Amerikaners Bonynge für Mensch und Tier gleich gefährlich waren. Vom Standpunkte der medizinischen Wissenschaft könnte man die absolute Ungefährlichkeit dieser Milzbrandbazillen bei ansteckungsempfänglichen Menschen ernstlich anzweifeln. Schon die Anwendung des bakteriologischen Krieges in jeder Form ist verwerflich, noch mehr aber seine Anwendung in einem neutralen Land, wie es die Vereinigten Staaten damals noch waren.

Ein zweites Sabotagemittel bildeten die Explosivbleistifte, an deren Transport auch das Kriegsunterseehandelsboot Deutschland beteiligt gewesen zu sein scheint. Herr Dr. von Lewinsky hat diese Explosivbleistifte ebenfalls nicht in Abrede gestellt; er hat nur als Milderungsgrund angegeben, daß nach Zertrümmerung der Hülse zwischen Vermengung der entzündenden Säure mit dem Explosivstoff ein Zeitraum von 30 bis 40 Minuten verlief. Sie brachten also auf jeden Fall Explosionen zustande. Dabei sei wiederum die Aussage des Amerikaners Bonynge nur beiläufig erwähnt, daß der von deutscher Seite angefochtene Spitzelzeuge Wozniak die Hülse mit seinem Stock zertrümmerte und die Bleistifte dann so in schwingende Bewegung versetzte, daß die Explosion sofort erfolgen mußte.

Dazu kam das deutsche Sabotagetelegramm an den deutschen Militär-Attaché in Washington vom 26. Januar 1915, also zwei Jahre vor der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland. Auch für dessen Beurteilung ist es gleichgültig, ob der Militär-Attaché dieses Telegramm für sich behalten hat, wie von deutscher Seite behauptet wird, oder ob er es nach amerikanischer Auffassung direkt in die Tat umgesetzt hat. Das Sabotagetelegramm an sich selbst besteht und wird auch von deutscher Seite zugegeben. Derartige Weisungen mußten zur Folge haben, die ganze Welt in eine für Deutschland feindselige Stimmung zu versetzen. Dieses Telegramm hat zusammen mit den Milzbrandbazillen und den Explosivbleistiften Deutschland in Amerika mehr als selbst der Unterseebootkrieg geschadet, und die Regierung, die mit solchen Mitteln in neutralen Ländern arbeitete, handelte in der damaligen ernsten Situation wie ein Elefant im Porzellanladen.

Dazu kommen die erbärmlichen Persönlichkeiten dieser Spitzel. Frühere Offiziere waren dazwischen, wie die amerikanische Untersuchung ergeben hat, aber auch nicht einer von ihnen hatte den Mut, für seine Taten einzustehen. Es waren überaus schmutzige Elemente, mit denen die Abteilung III B des alten Generalstabes zusammen arbeitete, von denen immer einer die Schuld auf den anderen schob und von denen man nicht einmal weiß, ob sie nicht auch Fühlhörner zur Gegenspionage ausgestreckt hatten. Es hieße den Hermann, Hintsch,

Das mißlungene Experiment



Beim ersten Schritt aus der Bauchbinde gekippt!

Wozniak und wie sie sonst noch heißen, zuviel Ehre antun, wollte man länger bei ihnen und ihrem schmutzigen Gewerbe verweilen. Jedenfalls steht auch hier fest, daß Hunderttausende von Dollar aus deutschen Steuergroschen durch die Hände dieser Elemente geflossen sind, gleichgültig, ob dieser oder jener von ihnen nur informatorische Aufgaben nach deutscher Darstellung hatte oder ob sie allesamt im Dienste der Sabotage in neutralen Ländern standen.

Die Verhandlungen der Kommission, die wert wären, in Buchform zu erscheinen, lesen sich wie ein Schauerroman übelster Sorte, nur daß die hier genannten Typen Werkzeuge des alten kaiserlichen Militarismus waren. Einige dieser Personen wie der Hermann scheinen noch nach Kriegsende Fühlung mit deutschen Behörden gehabt zu haben, und das ist ein Punkt, dem ernstlich nachgegangen werden müßte. Die deutsche Republik hat die sittliche Pflicht, sich von allen Berührungen mit diesen Elementen grundsätzlich freizumachen; sie hat keine Veranlassung, auch nur noch einen Pfennig für die Unterhaltung von Menschen auszugeben, denen sie keine Aufträge zur Ausübung ihres schändlichen Gewerbes erteilte. Das ist der wunde Punkt, der als Ergebnis der Haager Verhandlungen dringend der Aufklärung bedarf.

Verstärkte Hochwassergefahr in Westdeutschland

Köln, 9. Oktober. Seit einigen Tagen steigen der Rhein und seine Nebenflüsse ständig an. Während Koblenz und Trier Steigerungen von annähernd einem Meter aufweisen, ist der Rhein bei Köln seit vorgestern von 2,25 Meter auf 4,73 Meter gestiegen. In Duisburg stieg das Wasser seit gestern um 1,88 Meter. Die Mosel führt seit zwei Tagen Hochwasser. Bei Trier hat das Wasser bereits die linke Stadtseite überschwemmt, die rechte Stadtseite wird gegen das Hochwasser durch Schutzdämme geschützt. Der Fährbetrieb ist eingestellt. Die Mosel-Kleinbahn hat ihren Betrieb zwischen Zeltingen und Andel einstellen müssen. Auch aus dem Westerwald und dem Sauerland wird ein starkes Ansteigen der Gebirgsflüsse infolge großer Niederschläge gemeldet. Lahn und Dill führen seit einigen Tagen schon Hochwasser.

Ein Todesopfer

Frankfurt a. M., 9. Oktober. (Drahtmeldung.) **Während das Steigen des Mains sich weniger bemerkbar macht, hat der Rheinwasserstand bereits eine solche Höhe erreicht, daß das Verbot der Flottenschiffahrt in Kraft treten mußte. Man rechnet sogar damit, daß bei der Rheinstrombauverwaltung heute der Hochwasserdienst eröffnet wird. Gestern abend erreichten die Fluten der Mosel nahezu den Rand der unteren Moselwerkrampe in Koblenz. Die Koblenzer Schiffsbrücke ist gestern vormittag auf der Ehrenbreitsteiner Seite und nachmittags auf der Koblenzer Seite verlängert worden. Besonders stark sind infolge der wolkenbruchartigen Regengüsse die Gebirgsflüsse gestiegen. Im Odenwald hat die Modau weite Strecken völlig überschwemmt. Das Hochwasser der Kinzig hat Rückingen von der Bahnstation Niederrodenbach abgeschnitten. In Kensheim an der Bergstraße wurde der untere Stadtteil völlig überschwemmt. Bei dem Versuch, die Schleusen zu öffnen, ertrank der Sohn des Bürgermeisters in den Fluten.**

Schiele stellt Strafantrag

Berlin, 9. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Reichsernährungsminister hat gegen Major a. D. Martiny aus Groß-Mandelkow, Kreis Soldin, Strafantrag gestellt, da dieser in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP. am 3. September in Pitzerwitz erklärt hat, Minister Schiele hätte zu einem Großgrundbesitzer des Kreises Soldin, der ihn in Berlin aufgesucht habe, geäußert, ihm wäre es gleich, wenn der ganze Kreis Soldin zugrunde ginge; die Hauptsache wäre, daß er Minister bliebe.

Abreise des Reichspräsidenten ins Rheinland. Der Herr Reichspräsident ist Donnerstag abend 10.50 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Meißner und Rittmeister von der Schulenburg vom Potsdamer Bahnhof mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach dem Rheinland abgereist.

Intrigen gegen Curtius

Unfaire Machenschaften der Treviranus-Presse gegen den Reichsaußenminister

Berlin, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Von konservativer Seite wird gegen den Reichsaußenminister seit Wochen eine Intrige nach der andern gesponnen. Seinen vorläufigen Höhepunkt hat dieser Kampf jetzt in einer Veröffentlichung der parteioffiziellen Konservativen Korrespondenz gefunden, in der es u. a. heißt: „Das offizielle Kommunique, das die Reichspressestelle über die Sitzung des Reichskabinetts ausgab, in welcher der aus Genf zurückgekehrte Reichsaußenminister Dr. Curtius Bericht erstattete, bedarf insofern einer Richtigstellung, als es sich hierbei nicht um eine vollinhaltliche Billigung der von Curtius geführten Verhandlungen handelt. Vielmehr hat der Reichskanzler lediglich dem Minister für seine Arbeit in Genf seinen Dank ausgesprochen. Curtius hat in Genf in den wesentlichen Fragen der Abrüstung wie in der Frage der Revision unserer gesamten Außenpolitik nichts erreicht. Vor allem hat er es unterlassen, den ihm durch den Ausgang der deutschen Wahlen in die Hand gespielten Trumpf auch nur in der bescheidensten Form auszuspielen. Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß auf dem Posten des Außenministers nicht ein nur verwaltungstechnisch begabter Epigone des Herrn Stresemann gehört, sondern ein Mann, der die außenpolitische Situation Deutschlands, die schon ohne unser Zutun an Chancen reicher geworden ist, zu meistern versteht."

Hierzu schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst: „Wir sind mit Herrn Curtius sicherlich oft nicht einer Meinung über die Methoden seiner Außenpolitik. Aber, was sich das offizielle Organ des Herrn Treviranus jetzt an Angriffen gegen den Außenminister leistet, ist im höchsten Grade unfair. Hätte Herr Treviranus in Genf etwa mehr erreicht, als Curtius? Wir sind nicht dieser Meinung, sondern sind überzeugt, daß er nach seinen Reden der letzten Zeit auf endlosen Widerstand gestoßen und schließlich wie ein begossener Pudel nach Berlin zurückgekehrt wäre. Wenn wir richtig unterrichtet sind, werden die Auslassungen der Konservativen Korrespondenz innerhalb der Reichsregierung noch ein Nachspiel haben. Das scheint insofern notwendig, als das Kommunique des Reichskabinetts über die Berichterstattung des Reichsaußenministers über Genf nicht nur die Zustimmung des Reichskanzlers, sondern auch die des Herrn Schiele und Treviranus gefunden hat.

Die Volkspartei will den Rücktritt Curtius?

Nach einer Meldung des Conti-Nachrichtenbüros soll die Deutsche Volkspartei in der heutigen Sitzung ihrer Reichstagsfraktion die Frage prüfen, ob Dr. Curtius weiter in der Regierung bleiben soll oder nicht. Es heißt, daß die Mehrheit der Fraktion den Minister zurückziehen wird. Dabei wird allerdings als fraglich hingestellt, ob Dr. Curtius sich sein Handeln von der Fraktion vorschreiben läßt und nicht lieber auf die Zugehörigkeit zur volksparteilichen Fraktion verzichten werde. Ob es der Leitung der Partei gelingt, die Fraktionsmehrheit von ihrer Forderung abzubringen, steht noch dahin.

Die Christlichen Gewerkschaften

unzufrieden mit dem Sanierungsprogramm

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Vorstandssitzung am Donnerstag eine Entschließung zum Sanierungsprogramm der Regierung gefaßt, die eine starke Unzufriedenheit der Christlichen Gewerkschaften mit diesem Programm durchblicken läßt. Die Entschließung begrüßt eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen, hält aber dessenungeachtet eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltung im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig. Es heißt dann weiter in der Entschließung: Die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung muß in Zukunft einer zweckmäßigeren organischen Gestaltung mit dem Ziele einer Entlastung Platz machen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lastenverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein einsetzenden Bestrebungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitnehmenden Volksschichten. Zu dieser Haltung fühlt sich der Vorstand um so mehr verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine Stellungnahme vermissen läßt. Die Neuregelung der Wohnungswirtschaft wird in der angekündigten Form abgelehnt. Endlich bringt der Vorstand noch zum Ausdruck, daß zur Milderung der Weltkrise auch Abmachungen auf internationalem Gebiet notwendig sind. Die Christlich-Nationale Gewerkschaftsbewegung verlangt vor allen Dingen die Befreiung des deutschen Volkes von den überspannten Lasten des Youngplanes.

Aber die Unternehmer einverstanden

Nachdem das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie dem Sanierungsprogramm der Regierung Brüning freudig zugestimmt hat, hat sich gestern der Deutsche Industrie- und Handelstag in seiner Hauptausschußsitzung mit diesem Programm beschäftigt und wie nicht anders zu erwarten ist, findet auch er dieses Programm mit der einseitigen Lastenverteilung ganz in der Ordnung. Bemerkenswert ist, daß sich der Industrie- und Handelstag für internationale Maßnahmen und für Wirtschaftsverständigung einsetzt und die Genfer Handelskonvention vom 24. März 1930 zur baldigen Ratifizierung empfiehlt.

Seekt mit Starhemberg in Horty-Ungarn?

Eine Frage, die auf Antwort wartet

Der österreichische Innenminister Starhemberg, Führer eines eigenen faschistischen Jägerkorps, hat letzten Samstag auf dem Heldenplatz in Wien eine blutrünstige Rede gehalten, die auf eine Aufforderung zur Ermordung des Wiener Finanz-Dezernenten Breitner hinauslief. Er sagte Wort für Wort:

„Den Wienern werde ich ein gutes Rezept für den Wahlkampf geben. Sie sollen die Wahlschlacht im Zeichen Breitners führen. Nur wenn der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollt, wird der Sieg unser sein."

Und damit kein Mißverständnis darüber obwalte, wie das gemeint war, wies Herr Starhemberg während dieser Worte mit der Hand zum Boden. Jetzt kommt aus Budapest eine Meldung, wonach der Generaloberst von Seeckt mit diesem Starhemberg in der vorigen Woche inkognito in Horty-Ungarn beim ungarischen Kriegsminister auf der Jagd geweilt haben soll. Fürst Starhemberg soll auch von einem hohen österreichischen Beamten begleitet gewesen sein. Die Gäste seien am selben Tage wieder abgereist. Diese Meldung wird von den Blättern „Ujsag" und „Magyarorszag" verbreitet und ist durch das Conti-Nachrichtenbüro übernommen. Das ungarische Telegraphen-Correspondenz-Büro dementiert aber diese Meldung und sagt, daß von zuständiger Seite mitgeteilt werde, Fürst Starhemberg sei im Laufe des Sommers, also ehe er in die österreichische Regierung eingetreten war, zum Besuch seiner Verwandten und Bekannten in Ungarn gewesen. General von Seeckt aber sei in diesem Jahre überhaupt noch nicht in Ungarn gewesen.



Innenminister Starhemberg

Wenn von Seeckt mit Starhemberg inkognito in Ungarn war, werden sie das der zuständigen Stelle nicht auf die Nase gebunden haben. Man fragt darum wohl mit Recht den Generaloberst von Seeckt, ob die Meldungen über ein Zusammensein mit dem österreichischen faschistischen Innenminister in Ungarn den Tatsachen entsprechen. Wenn ja, entsteht die weitere Frage, was waren die Gründe für dieses Zusammentreffen? Daß sie harmloser Natur gewesen sind, kann bei der augenblicklichen politischen Lage kaum angenommen werden, und der Verdacht besteht, daß hier Fäden gezogen wurden, die für das deutsche Volk verhängnisvoll werden können und die von den deutschen zuständigen Stellen so oder so durchschnitten werden müssen. Entweder erklärt Generaloberst von Seeckt diese Meldungen für unrichtig oder aber die deutsche Regierung ist zu entsprechenden Maßnahmen gezwungen.

Der Staatsanwalt paßt sich an

Wien, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Heimwehr will in allen österreichischen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten auftreten und überall wird Innenminister Starhemberg als Listenführer und die Landesführer an zweiter Stelle kandidieren. Zwischen den Nationalsozialisten und der Heimwehr ist ein heftiger Zwist entbrannt. Die Nationalsozialisten beschuldigen die Heimwehrführer, daß sie die Beratungen mit den Politikern absichtlich hinausziehen, damit die Frist zu einer wirksamen Propaganda für die eigenen Kandidaten möglichst versäumt werde. Ein Abgesandter der österreichischen Hakenkreuzler führt augenblicklich in München Verhandlungen mit Hitler über die Wahltaktik, die die Hakenkreuzler einschlagen sollen.

Die „Neue Freie Presse", das „Neue Wiener Tageblatt" und das Extrablatt, die alle drei am Donnerstag Meldungen über die hochverräterischen Beziehungen des Majors Pabst zu Italien veröffentlichten, wurden vom Staatsanwalt wegen Verbreitung beunruhigender Nachrichten beschlagnahmt. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages ist dieser am Freitag zu einer Sitzung einberufen worden, in der gegen die neuerliche Unterdrückung der Pressefreiheit Protest erhoben und durch Verlesung der konfiszierten Stellen diesen die Immunität verliehen werden soll.

Nr. 237. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Freitag, den 10. Oktober 1930.

Musterfamilie Schultze

Vor etlichen Jahren stellte ich die Musterfamilie Müller vor. Heute soll das gleiche Schicksal der Familie Schultze — mit dem altväterischen tz — widerfahren.

Also: Familie Schultze!

Herr Schultze mit dem Allerweltsvornamen Fritz ist von Beruf Landwirt, außerdem hat er eine Agentur der Allianz-Versicherungsgesellschaft, Berlin W. 8, Taubenstraße 37. Die Hauptsache aber ist, daß Herr Fritz Schultze Haushaltungsvorstand ist. (Der geneigte Leser fängt an, etwas zu merken, zumal **da heute am 10. Oktober der große Zähltag ist.**) Daß Herr Fritz Schultze, dieser Haushaltungsvorstand, Landwirt und Versicherungsagent in guter Position ist, läßt darauf schließen, daß er auch ein Weib genommen hat. Ich werde gleich nachher auf das Gespons zurückkommen. Herr Fritz Schultze richtete es so ein, daß er genau, auf den Tag genau, ein Dutzend Jahre nach „Königgrätz" dieses irdische Jammertal mit seinem ersten Lebensquiek begrüßte. Dieses ausgerechnet pünktliche Königgrätzer Erscheinen des Herrn Schultze läßt auf dessen hochpatriotische Gesinnung schließen. Sein erster Lebensschrei war ein embryonales Hurra. Das Nest Altfelde im Kreise Marienburg an der Weichsel kann sich rühmen, besagten Musterfritze seinen „großen Sohn" nennen zu dürfen, heute, am 10. des Weinmonats, weit und breit und darüber hinaus als Musterexemplar jedem Staatsbürger vor die Nase gehalten zu werden. Das hätte sich besagter Schultze, heute 52jährig, damals, als die Kanonen donnerten und Fritzens Eintritt in die Arena dieser Welt ankündigten, gewiß nicht träumen lassen, daß er als Muster vorgeführt würde. Diese Tatsache heutiger Musterhaftigkeit läßt darauf schließen, daß er auch ein Musterknabe gewesen sein muß. Vielleicht vom Schlage der Max und Moritz des seligen Wilhelm Busch? Wer weiß! Nach altem Gewohnheitsrecht wurde unser Musterschultze, als er noch ein Musterjüngling war, in den Schoß der evangelisch-reformierten Kirche feierlichst aufgenommen, ohne daß er eine Ahnung davon hatte. Da nun Fritzens Heimatdorf in Preußen liegt, da nach dem urdeutschen Namen zu schließen ist, daß Fritzens Eltern stramme Westpreußen waren, so wurde er wiederum Preuße, ohne etwas davon zu merken. Und das ist er geblieben bis auf den heutigen Tag, wenngleich die Sache für ihn einmal wegen des polnischen Korridors und des Danziger Freistaates etwas brenzlig wurde. Sonst war es nämlich drauf und dran, daß er Pole oder freistaatlicher Danziger geworden wäre. Und dann hätte er es gewiß nicht bis zum „Muster"-Schultze gebracht. Jeder Mustermann — aber auch ein Andersgearteter! — wird liebevoll von einem Finanzamt er- und umfaßt. So auch unser Musterfritze vom Finanzamt Marienburg. An diese metallene Behörde entrichtet er die Vorauszahlungen auf Einkommen-, Vermögens- und Umsatzsteuer. Herr Muster-Schultze gehört, wie sich das gehört, zu den tadellosen Staatsbürgern, indem er im laufenden Jahre jene genannten Steuern entrichtet hat. Wie er sich am 14. September im Wahllokett verhielt, vermag ich nicht zu sagen, ich kann da höchstens etwas ahnen insofern, als er Landwirt in Ostelbien ist und für „Osthilfe" eintritt. Ob er je schon etwas von „Westhilfe" oder „Ruhrbezirkshilfe" gehört hat? Du vielleicht, lieber Leser?

Seine Musterschultzin, eine geborene Ewers, ruft Herr Fritz mit dem weichen, vokalreichen, melodiösen Ma—ri—a! Da der Musterehemann (immer?) einen ständig notleidenden Hauptberuf hat, bedarf die Mustermaria keines solchen. Sie beschränkt sich im wesentlichen darauf, verheiratet und Ehefrau zu sein. Diese geborene Berlinerin — es gibt auch Mustermenschen, die geborene Berliner sind — ist (im Vertrauen gesagt!) 47jährig. Im allgemeinen läßt sie sich als etwas jünger verschleißen, was aber der Mustergültigkeit keinen Abbruch tut. Als sich der evangelisch-reformierte Herr Schlutze in jüngeren Jahren ein Eheweib suchte, wählte er eine Lutheranerin. Da wechselte Ma—ri—a die Konfession. „Selbständig" ist Frau Maria nicht — so steht's wenigstens schwarz auf weiß. Das geht uns aber weiter nichts an. Wenn's nur Herr Muster-Schultze weiß. Frau Maria wird das übrigens am besten wissen.

Trotz langjähriger Ehe scheint diese mit Kindern ungesegnet zu sein. Denn die Eheleute haben eine Pflegetochter angenommen: Luise Ziemer, jetzt im 15. Lebensjahr stehend. Sie ist, was uns ausdrücklich bestätigt wird, noch ledig, dieses Teltower Rübchen. Ihr Geburtsort ist nämlich Teltow. Sphäre Berlin. Ob Luischen dem niedlichen Mäuschen- und „Lieschenbund" angehört, möchte vielleicht eher zu verneinen als zu bejahen sein, da sie römisch-katholisch ist. Doch „nichts Gewisses weiß man nicht". Sie hat ja das Volksschulalter überschritten und besucht als „Schülerin" gewiß eine höhere Töchterschule, so ein Lyzeum oder Alonsianum. Mehr ist von dieser Musterliese nicht zu berichten. Wünschen wir ihr ein erfolgreiches Studium, eine splendide Verlobung, einen gesegneten Ehestand, kurz, alles, was sie sich selber wünscht. Die Musterpflegeeltern werden sich dann hoffentlich an Musterpflegeenkeln erfreuen. Vielleicht erleben wir dann später ein Allerweltsmusterformular, zu dem auch der Name Ziemer sein geziemend Teil beigetragen hat.

Bei Muster-Schultzens ist auf Besuch die Rechnungsratswitwe Ottilie Lehmann. Daß zu einer Musterfamilie auch der Name „Lehmann" gehört, ist eine Selbstverständlichkeit. Das ganze deutsche Volk wäre nicht musterhaft, wenn es nicht seinen bekannten „Lehmann" hätte, der sich kümmerlich durch Holzhacken ernährt, nebenbei aber ungezählte Millionen auf Reichskosten verzehren kann, wobei er nicht in die Verlegenheit kommt, sich ein Bein zu brechen. Besagte Musterwitwe ist die über sechs Jahrzehnte alte Schwester der Musterschultzin und ebenfalls eine geborene Ewers. Diese geborene Berlinerin gehört zur evangelisch-lutherischen Kirche. Frau Ottiliens Pension als „Frau Rechnungsrat" scheint etwas knapp zu sein, denn Frau Rat trat ins Arbeitnehmerverhältnis und sucht durch Beschäftigung auf der Staatlichen Kreiskasse in Verden an der Aller ihre Pension noch etwas zu übergolden.

Zur Musterfamilie Schultze gehört auch in unserem Falle — wie in den bekannten Kladderadatschzwiegesprächen — ein Müller, Hans Müller, 22 Jahre alt, ledig, seines Berufs Buchhalter. Buchhalter in dem Nest Altenfelde bei Marienburg? Nun ja, der „notleidende Landwirt" Fritz Schultze hat doch die Agentur der „Allianz", und da das Schreiben nicht des Schultzen Lust, so heißt es jetzt: Das Schreiben ist des Müllers Lust — in Abänderung von Wandermüllers: „Das Wandern ist des Müllers Lust." Wie sich der Kölner Hans Müller in dem Weichselnest fühlt, kann ich nicht verraten. Aber vielleicht ist Lieschen Ziemers Blick ein Blick, „der reichlich lohnet". Und wer weiß, ob Lieschen und Hans nicht noch ein Pärchen werden — Hans und Liese passen schon so schön im Volkslied zusammen: „Und der Hans schleicht umher . . ." Doch da ist ein schweres Obstakulum: Lieschen ist katholisch, und der erst 21jährige Kölner Junge ist schon — horribile dictu! — konfessionslos! Doch der Liebe ist alles möglich. Frau Muster-Schultze wechselte ja schon die Konfession wie ein Hemd. Und das italienische Königsfräulein Giovanna wird in nächster Zeit das gleiche tun. Viele haben es schon früher getan, tun es jetzt und werden es fernerhin tun. Weshalb soll Lieschen nicht auch wechseln, wie die Musterpflegemutter und wie die italienische Prinzessin? Weshalb soll Lieschen nicht auch wechseln und dann gleich ganze Arbeit leisten, d. h., einem Hans zuliebe, zumal wenn dieser das vollste Vertrauen seines Arbeitgebers gewonnen hat, gleich konfessionslos werden?

So, verehrter Leser, habe ich dir die Musterfamilie Schultze vorgestellt.

Und nun will ich sie wieder wegstellen. Jr.

Kein Triumph für die BVZ.

Der Gegensatz im Zentrum / Diebold moralisch verurteilt / Die Buersche Volkszeitung völlig isoliert

Eine interessante Privatklage

Die „Buersche Volkszeitung" war bis zu der Vereinigung der Stadtteile Gelsenkirchen und Buer für uns ein durchaus unbekanntes Organ. Sie ist das auch heute noch für all die Leute, die sich ihm nicht aus lokalpatriotischen oder sonstigen Gründen verwandt und verbunden fühlen, und die nicht das zweifelhafte Vergnügen haben, sich mit dieser Zeitung für engste Buersche Zentrums- oder Wirtschaftskreise auseinandersetzen zu müssen.

Presseleute müssen das jedoch leider tun, und immer und immer wieder **kopfschüttelnd** wurde diese Zeitung nicht nur in der Redaktion unseres Volkswillens, sondern — wie wir im Laufe der Zeit erfuhren — auch in den Redaktionen der anderen Gelsenkirchener Blätter gelesen, die ebensowenig wie wir für die unsachliche Art der Behandlung kommunalpolitischer Angelegenheiten und den vornehmen Ton, den die „Buersche Volkszeitung" dabei beliebte, Verständnis aufzubringen vermochten.

So blies sich z. B. die „Buersche Volkszeitung" im April des Jahres 1929 ganz mächtig auf nach jener Stadtverordnetensitzung, in der auf Grund der Vorlage des Schlachthofdezernenten Sprenger (Ztr.) von einer überwiegenden Mehrheit der Stadtverordneten, darunter auch der meisten Stadtverordneten aus Buer, die Schließung des Buerschen Schlachthofes beschlossen worden war, und sie verstieg sich sogar dazu, von dem Bürgermeister Sprenger, der doch als Zentrumsmann bestimmt ihr Mann ist, eine geschmacklose Karikatur zu bringen, in der Sprenger auf einer Sau sitzend dargestellt wurde, wie er den „Husarenritt" gegen den Buerschen Schlachthof ausführt. — Wir haben zu dieser Angelegenheit damals noch nichts gesagt, obgleich wir aus dem eigenen Munde des Bürgermeisters Sprenger wußten, daß ihn die Zeichnung im Zusammenhange mit dem dazu geschriebenen Text derartig gekränkt und erregt hatte, daß er eigentlich darauf und daran war, Strafantrag gegen die „Buersche Volkszeitung" zu stellen, und daß er das nur aus Gründen der Parteidisziplin und wohl auch, um die Kluft zwischen dem Buerschen und dem Gelsenkirchener Zentrum nicht noch mehr zu erweitern, unterlassen hatte. Wir haben auch dann noch geschwiegen, als immer wieder Maßnahmen der Stadtverwaltung in einer Weise besprochen wurden, die jede andere Bezeichnung, nur nicht die der sachlichen Kritik verdienten.

Es wurde von uns auch mit Stillschweigen darüber hingegangen, daß die „Buersche Volkszeitung" ohne jeden Grund, denn es haben irgendwelche persönliche, geschweige denn scharfen Auseinandersetzungen niemals stattgefunden, den Redakteur des „Volkswillens" in einem humorvoll sein sollenden Gedicht persönlich verunglimpfte. (Nachdem Verjährung eingetreten ist, konnte sich der Lokalredakteur Ronkel der „Buerschen Volkszeitung" am Donnerstag vor dem Amtsgericht in Buer mit größtem Mannesmute dazu bekennen, daß er für die Aufnahme dieser Reimerei, die nach Form und Inhalt nichts als ein fürchterliches Machwerk ist, verantwortlich sei.)

Erst

die Nummer 262 der „Buerschen Volkszeitung" vom 25. September 1929

gab uns Veranlassung, die „Buersche Volkszeitung" einmal schärfer unter die Lupe zu nehmen. Wir taten das in der Nummer 226 des „Volkswillens" vom 27. September 1929 in einem Artikel:

„Die ewig Unbelehrbaren."

In diesem Artikel schrieben wir u. a., nachdem wir die früher vom Bürgermeister Sprenger angeführten Gründe, die zur Schließung des Buerschen Schlachthofes geführt haben, gestreift hatten, folgende Sätze:

„Vor allen Dingen hätte wohl nach diesen so offenen und ausführlichen Darlegungen (des Bürgermeisters Sprenger) ohne weiteres angenommen werden dürfen, daß nun auch bei der Presse des Stadtteils Buer die Vernunft gesiegt haben würde, daß allerdings bei der „Buerschen Volkszeitung" nach dieser Richtung hin wenig Aussicht bestand, war ja wohl von vornherein klar, denn für diese Zeitung ist eben Sprenger der Mann, der als „Verräter" gehandelt hat, als er sich seinerzeit für die Verschmelzung von Buer und Horst mit Gelsenkirchen in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter einsetzte. Diese Tatsache erfüllt noch heute die Leute der „Buerschen Volkszeitung" mit einem blindwütigen Haß gegen Herrn Sprenger, dessen Auswirkungen um so abgeschmackter wirken, wenn wir immer wieder daran erinnern, daß auch Herr Sprenger derselben Partei angehört, in deren Diensten die „Buersche Volkszeitung" doch vor allem tätig ist. In dieser Zeitung wird vor den größten Entstellungen und bewußten Fälschungen der kommunalgeschichtlichen Wahrheit nicht zurückgeschreckt. Wir wollen auf alle Einzelheiten des Artikels, den das Blatt in seiner Mittwochnummer von sich gab, nicht eingehen. Aber eins möchten wir doch sagen: Wenn die Zeitung davon schreibt, daß der Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums vom 2. April, der sich für die Schließung des Buerschen Schlachthofes aussprach, im Stadtteil Buer eine ungeheure Erregung ausgelöst habe, so kann dieser Zeitung nur gesagt werden, daß diese Erregung vielleicht gar nicht entstanden wäre, wenn das Blatt eben nicht in so niedriger und gehässiger Weise gehetzt und auch Herrn Sprenger persönlich verunglimpft hätte. Sehr nett macht sich in dem oben erwähnten Artikel folgender Satz:

„Lediglich der von der Buerschen Bevölkerung mit so großem Schneid geführte Kampf um die Rettung Scholvens ließ vorübergehend die tiefe Erbitterung etwas in den Hintergrund treten."

Das ist die ungeheuerlichste Fälschung kommunalgeschichtlicher Wahrheit, um so ungeheuerlicher deshalb, weil doch Redakteur Diebold, der seinerzeit mit in Berlin gewesen ist, aus eigener Anschauung ganz genau weiß, mit welcher Energie und Zähigkeit auch die Vertreter des Stadtteils Gelsenkirchen sich für den Verbleib Scholvens in dem Gebiet der neuen Großstadt eingesetzt haben."

Wegen dieses Artikels, den wir hier in seinen für den Prozeß wesentlichen Teilen wiedergegeben haben, glaubte Diebold sich beleidigt fühlen zu sollen, und es kam, nachdem der Vergleich vor dem Schiedsrichter als gescheitert zu betrachten war, zur

Verhandlung in der Privatklagesache Diebold gegen Zingler.

Der Privatkläger Diebold fühlte sich, wie die Verhandlung und die Ausführungen seines Anwalts ergaben zunächst dadurch beleidigt, daß seiner Zeitung eine **„niedrige und gehässige Kampfesweise" vorgeworfen** und daß sie weiter der **„ungeheuerlichsten Fälschung kommunalpolitischer Wahrheit"** bezichtigt wurde. Der Verteidiger des Privatbeklagten Zingler, Rechtsanwalt Dr. Levy (Essen), hatte den Bürgermeister Sprenger und den seinerzeitigen Führer der SPD.-Fraktion Neysters als Zeugen laden lassen.

Bürgermeister Sprenger sagte als Zeuge aus, daß er wohl gegen die Veröffentlichung der Karikatur als solcher nichts einzuwenden gehabt hätte, daß er aber dann erwartet hätte, daß der Text, der dazu geschrieben worden wäre, humorvoll gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Levy zitierte aus diesem Text einige Stellen und tat dar, daß diese nichts weniger, als humorvoll seien, sondern daß auch sie im Zusammenhange mit der Zeichnung die Charakterisierung einer niedrigen und gehässigen Kampfesweise, die dazu angetan sei, den Bürgermeister Sprenger zu verunglimpfen, verdiene. — Auf Befragen durch den Privatbeklagten gab Bürgermeister Sprenger ohne weiteres zu, daß er diesem gelegentlich eines Gespräches versichert habe, daß er sich durch den Text und die Zeichnung durchaus gekränkt gefühlt und lediglich aus Gründen der Parteidisziplin von einem Strafantrage gegen die „Buersche Volkszeitung" abgesehen habe.

Der Satz des oben zitierten Artikels des „Volkswillens", in dem es heißt: **„Lediglich der von der Buerschen Volkszeitung mit so großem Schneid geführte Kampf"** usw. — gab dem Anwalt des Privatklägers Anlaß zu allerlei Auslegungsversuchen. Der Satz ist damals von uns und, wie die Aussage des Zeugen Neysters ergab, auch von ihm so aufgefaßt worden, daß Diebold damit behaupten wollte, **einzig und allein die Buersche** Bevölkerung habe mit dem Schneid ihres Kampfes Scholven gerettet. Heute bemüht sich der Anwalt des Privatklägers, die Dinge so darzustellen, als ob Diebold habe sagen wollen, lediglich der Kampf um Scholven, an dem auch Gelsenkirchen mitgewirkt habe, habe die Erbitterung etwas in den Hintergrund treten lassen, und er folgert weiter, daß also nach seiner Auffassung von einer „ungeheuerlichen Fälschung der kommunalgeschichtlichen Wahrheit" nicht die Rede sein könne.

Rechtsanwalt Dr. Levy stützt die Auffassung und die These des Privatbeklagten und legt dar, daß der Artikelschreiber demnach auch berechtigt gewesen sei, von einer ungeheuerlichen Fälschung kommunalpolitischer Wahrheit zu reden. Diese Auffassung wird durch den Zeugen Neysters erhärtet, der u. a. mit Nachdruck darauf hinweist, daß es gerade der Stadtverordnete Tölle vom Gelsenkirchener Zentrum gewesen sei, der mit größtem Erfolge für den Verbleib Scholvens bei Gelsenkirchen gewirkt habe.

In seinem

Schluß-Plädoyer

kommt Rechtsanwalt Dr. Levy dazu, daß die niedrige und gehässige Kampfesweise der „Buerschen Volkszeitung" im Laufe der Verhandlung erwiesen und damit auch für diesen Punkt der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Zu demselben Schluß kommt er hinsichtlich der Fälschung kommunalpolitischer Wahrheit. Er fordert deshalb die Freisprechung des Genossen Zingler und verlangt weiter für den Fall, daß wider Erwarten das Gericht den Wahrheitsbeweis nicht als erbracht ansehen sollte, die Freisprechung des Privatbeklagten auf Grund des § 193 StGB. (Wahrung berechtigter Interessen), denn der Privatbeklagte habe als Kommunalpolitiker an einer Zeitung, als Bürger der Stadt Gelsenkirchen schlechthin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gehabt, sich gegen die Kampfesweise einer gegnerischen Zeitung zu wenden, von der er die Ueberzeugung hatte und heute noch hat, die ihm niemand rauben kann, daß sie niedrig und gehässig gewesen sei, und der Privatbeklagte hat auf Grund des § 193 des StGG. weiter das Recht, sich dagegen zu wenden, wenn er der Auffassung war, daß die gegnerische Zeitung sich der Fälschung der kommunalpolitischen Wahrheit schuldig gemacht habe.

Schließlich verkündete das Gericht das Urteil: Der Privatbeklagte Redakteur Zingler wird wegen formaler Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 RM verurteilt.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kerkhof, billigt dem Privatbeklagten den Schutz des § 193 an.

*

Wir glauben nicht, daß die **„Buersche Volkszeitung"** ob dieses Urteils, das den Redakteur Zingler ja nur aus formalen Gründen mit einer Geldstrafe von 50 RM belegt, wird sehr triumphieren können, denn in der Sache und moralisch ist sie bzw. Herr Diebold die bzw. der Verurteilte. Auch der klaffende Riß zwischen Zentrum Buer und Gelsenkirchen wurde nur zu deutlich aufgezeigt. Es hat auf die Oeffentlichkeit jedenfalls Eindruck gemacht, als der Privatbeklagte Zingler ausführte, daß die Haltung der „Buerschen Volkszeitung" seit der Vereinigung also von vornherein eine durchaus unsachliche in den allermeisten Fällen gewesen sei, und daß sich die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß die Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister die Ortspresse hat wissen lassen, daß der Redaktion der „Buerschen Volkszeitung" bis auf weiteres die vom Presseamt herausgegebenen Berichte und Mitteilungen nicht mehr zugehen werden, und daß die Redaktion der „Buerschen Volkszeitung" zu den Pressekonferenzen nicht mehr eingeladen werde. Es erregte auch sichtliches Interesse, als Redakteur Zinaler ausführte, daß die „Buersche Volkszeitung" auch im Kreise der anderen in Frage kommenden Redaktionen gänzlich isoliert dastehe, weil diese ebenfalls von ihr abgerückt seien.

Wir geben in diesem Zusammenhange

das Schreiben des Oberbürgermeisters

in Abschrift wieder. Dieses Schreiben scheint uns am allerbesten darzutun, welchen Ruses sich die „Buersche Volkszeitung" erfreut, und was wir und die gesamte vorurteilslose Oeffentlichkeit nach wie vor von ihr zu halten haben.

Das Schreiben lautet:

Der Oberbürgermeister.
I. A.

Gelsenkirchen, den 22. September 1930.

An die
Redaktion der Buerschen Volkszeitung
Gelsenkirchen-Buer.

Sie haben in letzter Zeit nicht nur entgegen den in der Pressekonferenz mehrfach getroffenen Vereinbarungen Berichte über Sitzungen der städtischen Ausschüsse in Ihrem Blatt veröffentlicht, sondern auch in Ihrer Zeitung erklärt, daß Sie sich an die erwähnten Vereinbarungen nicht zu halten gedenken. Mit besonderer Deutlichkeit haben Sie das auch in Ihrer gestrigen Ausgabe wieder zum Ausdruck gebracht.

Aus Ihren der Oeffentlichkeit unterbreiteten Ausführungen und auch aus Ihrer redaktionellen Haltung in der letzten Zeit geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß Sie auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Stadtverwaltung, aber auch mit den übrigen Redaktionen der Ortspresse keinen Wert legen.

Ich habe daher das Städtische Presseamt angewiesen, Ihnen von heute ab die amtlichen Berichte und auch die sonstigen Pressenotizen bis auf weiteres nicht mehr zuzustellen und Ihnen Informationen nicht mehr zu erteilen. Auch gehen Ihnen die Einladungen zu den Pressekonferenzen nicht mehr zu. gez. Zimmermann.

STADT GELSENKIRCHEN

Rekord! Rekord!

Heinz Lenfert.

Zu den übelsten Auswüchsen, welche der heutige Sport zeitigt, gehört der Rekord mit seinen zweifelhaften Begleiterscheinungen. Rekord bedeutet Spitzenleistung und ist glühende Sehnsucht der Höchstleistungssportler. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß der Rekord nur ernsthafte Angelegenheit einer Minderheit aller Sportler ist. Wenn wir behaupten, daß ein Zehntausendstel aller Sporttreibenden etwa für Länder- oder Weltrekorde in Frage kommen, so mag auch dieser geringe Bruchteil noch zu hoch gegriffen sein. Aber dieser geringe Bruchteil bewegt den Anhang in der übelsten Art und Weise. Der Rekordbrecher ist eine Sensation, ein Reklameschild, der das blöde, sensationslüsterne Publikum in Massen anzieht, der Rekordbrecher ist Allgott und Held, der bejubelt und bewundert wird, als sei er ein Weltwunder oder Träger höchster Menschheitswerte, und was das Schmutzigste an der Sache ist, er wird das Objekt gerissener und dunkler Geschäftemacher.

Geld und Ruhm sind die Triebkräfte, die dann mit den wahren Werten des Sports nichts mehr zu tun haben. Die große Masse der Sportler beteiligt sich zwar am Wettkampf. Für sie bedeutet der Wettkampf Anreiz, und ihr Streben geht auch auf Leistung und Verbesserung der Leistung aus; doch ein persönliches Interesse am Rekord kann nicht vorliegen, weil zur Erreichung des Rekords der Masse die notwendigen Vorbedingungen fehlen. Das Maß der heutigen Rekorde (100-Meter-Lauf 10,04 Sekunden, Hochsprung 2,04 Meter, Kugelstoßen 16,15 Meter, Diskuswerfen über 50 Meter, 100-Meter-Schwimmen 57 Sekunden, 72 Meter Schneeschuhsprunglauf) liegt nahe an der Grenze der absoluten Möglichkeit. Wenn jemand nun den Versuch anstellen würde, irgendeinen Rekord zu über- oder unterbieten, so benötigte er dafür erstens eine spezialisierte Anlage seines Körpers (Läufer — gut entwickelte Beinmuskulatur, Kugelstoßen und Diskuswerfen — große, besondere Arm- und Brustmuskulatur usw.), und zweitens müßte er Zeit und Geld haben, um sich die nötige Freizeit, Trainer für spezialisiertes Training, zweckmäßige Ernährung usw. zu beschaffen. Es wird wohl jedem klar werden, daß Arbeiter, die Tag für Tag in rauch- und staubdurchschwängerten Fabrik- und Zechenräumen in harter Arbeit ihr Lebensminimum verdienen müssen, keine Rekordbrecher werden können.

Die Rekordjägerei ist asozial, in den meisten Fällen gesundheitsschädlich und verdirbt durch die Verhimmelung des Anhangs Persönlichkeitswerte. Darum wird sie vom Arbeitersport verworfen, und dieses Moment verbreitert noch weiter die Kluft, die uns Arbeitersportler schon weltanschaulich vom bürgerlichen Sport trennt.

Zwar treiben wir auch Leistungssport, und es wäre ein Nonsens, das zu unterbinden, weil ja Leistung und Wettkampf mit dem Sportgedanken unauflöslich verbunden sind, doch wir Arbeitersportler als Mitträger der sozialistischen Gedankenwelt bewegen uns ja schon weltanschaulich in Bahnen, die zur Masse und Gemeinschaft führen. Leistungen verbürgen bei uns keine individuelle Krönung, sie sind uns nur Anreiz und Ausdruck hoher Körperfreude. Wir schneiden unsere sportliche Ausbildung auch nicht auf Rekordleistungen zu. Unser Streben ist, die Werte des Sports, insbesondere Gesundheit des Körpers der Masse zu vermitteln — Massensport zu treiben.

Zur Erreichung unseres Zieles haben wir aber die Masse der Arbeiterschaft nötig. Leider ist es noch so (und besonders hier im Industriegebiet), daß die Arbeitermasse größtenteils abseitssteht. Wir werben dringlich um sie: Besucht unsere sportlichen Veranstaltungen! Nehmt selbst teil an der Lebens- und Körperfreude der Arbeitersportler!

Am Sonntag, dem 12. dieses Monats, veranstalten die hiesigen Arbeiterschwimmer aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens ein Schwimmfest. Was dort in bunter Reihe geboten wird, wird jedem Interesse abgewinnen und jedem einen Einblick geben in die Welt des Arbeitersportlers.

Festsetzung der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Recklinghausen teilt mit:

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat durch Polizeiverordnung vom 9. September 1930 den Beginn der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften festgesetzt:

a) Für Stadtgemeinden mit mehr als 300 000 Einwohnern auf 2 Uhr morgens;
b) für Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern auf 1 Uhr morgens;
c) in allen übrigen Gemeinden auf 24 Uhr nachts.

Die Polizeistunde endigt um 7 Uhr morgens. Bis 8 Uhr morgens ist der Ausschank alkoholischer Getränke und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein verboten.

Die Bestimmungen der Polizeiverordnung finden auch Anwendung auf Speisewirtschaften, sowie auf Gast- und Schankwirtschaften, die gemäß § 8 des Gaststättengesetzes vorübergehend zugelassen sind. Ferner finden sie Anwendung auf Zusammenkünfte von Vereinen und geschlossenen Gesellschaften, wenn diese in einer Gast- oder Schankwirtschaft oder in Räumen, die mit einer solchen verbunden sind und in denen Schankwirtschaft betrieben wird, stattfinden.

Wer als Gast in einer Schankwirtschaft, den Schankräumen einer Gastwirtschaft oder in einer Speisewirtschaft über die bestimmte Polizeistunde hinaus verweilt, obwohl der Inhaber oder dessen Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn aufgefordert hat, das Lokal zu verlassen, wird mit Haft und mit Geldstrafe bis 150 RM oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ebenso wird bestraft, wer als Inhaber einer Gast-, Schank- oder Speisewirtschaft oder als Vertreter des Inhabers duldet, daß ein Gast über die bestimmte Polizeistunde hinaus in Schankräumen verweilt.

*

Mit dem besten Willen läßt sich nicht einsehen, aus welchem Grunde die Notwendigkeit einer Polizeistunde bis um 2 Uhr morgens erwiesen worden ist. Die Praxis der allermeisten Gaststätten lehrt vielmehr, daß in der Zeit von 24 bis 1 Uhr sich die Wirtshäuser leeren. In erster Linie hat die arbeitende Bevölkerung nicht das Geld, um die Nächte in den Kneipen zu verbringen, und zudem verlangt die Rücksichtnahme auf Körper und Gesundheit, das Wirtshaus nicht erst am frühen Morgen zu verlassen. Wer früh um 5 Uhr schon wieder in der Metallbude stehen oder in das Bergwerk steigen muß, der wird vernünftigerweise seinen Wirtshausbesuch mit Maß ausführen. Ob man aber den Arbeitslosen, an denen Not und Verführung so schon nagen, die schlimme Gelegenheit geben soll, die Nächte dazu in den Kneipen zu verbringen — darüber könnte es eigentlich nur eine Meinung geben.

Der Lindener Raubmörder vor Gericht

Eine Schreckenstat um ganze 5 RM

Vor dem Essener Schwurgericht wurde der Prozeß gegen den 22jährigen erwerbslosen Schmied Wilhelm Haarmann und den 25 Jahre alten Bergmann Loius Vaupel, beide aus Bochum-Linden, verhandelt. Die jugendlichen Burschen hatten am Pfingstsonntag ihren Jugendgenossen, den neunzehnjährigen Handlanger Paul Tybussek in einen Kohlenkeller gelockt, ihn dann mit einem Beil erschlagen und beraubt. Als Beute fielen ihnen ganze 5 RM in die Hände. Zur Verhandlung sind rund 40 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Die Angeklagten, die aus guten Familien stammen, versuchten einen Teil ihrer früheren Aussagen und Geständnisse zu widerrufen. Der als Zeuge aufgerufene und vernommene Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Kepler, erklärt jedoch ausdrücklich, daß die beiden Beschuldigten ihre Tat freiwillig und lückenlos zu Protokoll gegeben hätten. Der Angeklagten Vaupel sucht seinen Komplicen Haarmann als Triebfeder des schrecklichen Mordes hinzustellen. Die Verteidigung bietet alles auf, um einen geistigen Defekt der Angeklagten glaubhaft zu machen. Am Nachmittag wurde u. a. der Vater des Angeklagten Vaupel, dessen Ehefrau, der Vater des Ermordeten und mehrere Be- und Entlastungszeugen vernommen. Medizinalassessor Dr. Müller erstattet ein Gutachten über die Obduktion der Leiche Tybusseks, während Gerichtsmedizinalrat Dr. Tendt in seinem Gutachten über den Angeklagten Haarmann zu der Feststellung kommt, daß von einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit des Angeklagten keine Rede sein könne.

Das Urteil.

In dem Prozeß gegen die Lindener Raubmörder Wilhelm Haarmann und Louis Vaupel wurde folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit gemeinschaftlichem Verbrechen gegen den § 251 des Strafgesetzbuches zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden auf Lebenszeit aberkannt. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Nach Verkündung dieses doppelten Todesurteils, das alle im Gerichtssaal anwesenden Personen nach Aufforderung des Vorsitzenden stehend angehört hatten, gab Landgerichtsrat Wilhelmi die folgende Begründung:

Die Schuld der Angeklagten wurde nach den umfassenden glaubwürdigen Geständnissen der beiden Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter, in Verbindung mit den Feststellungen am Tatort als erwiesen erachtet. Schon einige Wochen vor dem Pfingstfeiertag haben die beiden Angeklagten einen solchen Plan besprochen und sich ausgedrückt, daß der Betreffende, dem sie Geld abnehmen wollten, getötet werden sollte. Dann ist am Pfingsttag auf der Toilette der Gastwirtschaft der Plan eingehend besprochen worden, so gut das in der kurzen Zeit möglich war. Dann wurde verabredet, den zufällig anwesenden Tybussek, dazu noch ein Jugendfreund des Vaupel, bei dem sie größere Geldmittel vermuteten, zum Kaffeetrinken einzuladen. Unter dem Vorwand, Holz und Kohlen aus dem Keller zu holen, wollten sie ihr Opfer in den Keller locken und nach Ausführung der Tat die Leiche unter Holz verstecken. Das läßt erkennen, daß der Plan eines Mordes verabredet war. Das geht auch daraus hervor, daß die Angeklagten nach ihrem eigenen Geständnis gesagt haben, daß sie aufs ganze gehen müßten, und wenn er dabei „überm Hüpp" ging. Die Absicht des Mordes lag vor, der Plan ist dann auch wie verabredet ausgeführt worden.

Der Vorsitzende schildert weiter die Tatumstände. Vaupel hat dem stöhnenden Tybussek den Mund zugehalten, nicht nur, weil er das Röcheln nicht mehr hören konnte, sondern um sich vor Entdeckung zu schützen. Vaupel war an der ganzen Ausführung der Tat beteiligt. Daraus ergibt sich schon die Gemeinschaftlichkeit. Vaupel ist nicht nur passiv beteiligt gewesen, sondern er ist auch selbst der Täter.

Für die Ueberlegung sprach, daß der Plan vorher gefaßt wurde. Daß er gemäß der Vereinbarung ausgeführt wurde, beweist, daß während der Ausübung der Tat die Ueberlegung vorhanden gewesen ist. Auf Haarmann trifft das ganz besonders zu, weil er nach vollbrachter Tat kalten Blutes den am Fenster fragenden Kniedt sagte, Tybussek sei fortgegangen. Auch der seelische Zusammenbruch der Täter ist nach dem Verbrechen nicht sehr groß gewesen. Natürlich hinterläßt ein solch grausamer Mord Eindrücke, aber die Täter waren seelisch nicht so gebrochen, daß sie nicht noch verabredeten, wie sie die Tat darstellen wollten. Das läßt erkennen, daß selbst nach dem Verbrechen noch mit Ueberlegung gehandelt wurde.

Gleichzeitig liegt schwerer Raub vor. Es steht fest, daß die Taschen des Tybussek durchsucht wurden. Die Täter selbst gestanden, daß sie die Taschen nach Geld durchsuchten. Das Gericht stellte deshalb auch eine Gemeinschaftlichkeit bei dem schweren Raub fest.

Ueber die Frage der Verantwortlichkeit bestehen bei beiden Angeklagten nicht die geringsten Bedenken. Den Angeklagten muß die ganze Schwere des Gesetzes treffen. Es ist in neuerer Zeit oft dagegen angegangen worden, daß für Mord nur die Todesstrafe vorgesehen ist. Es mag Fälle geben, in denen die Todesstrafe zu hart erscheint. Für das Schwurgericht kommt jedoch diese Frage nicht in Betracht, weil die gesetzlich heute noch bestehende Bestimmung anzuwenden ist. Im übrigen bietet die vorliegende Tat keine Veranlassung, daß bedauert werden müßte, daß nur auf die Todesstrafe erkannt werden kann.

Was die Angeklagten taten, war niederträchtig, scheußlich und heimtückisch. Aus schnöder Gewinn- und Genußsucht haben sie ein blühendes Menschenleben zugrunde gerichtet. Das Gericht sah deshalb nur die Todesstrafe als gesetzlich angebracht an.

Fundsachen

In der Zeit vom 16. September bis 30. September 1930 einschließlich sind auf dem Fundbüro im Rathause des Stadtteils Gelsenkirchen, Zimmer 40, an Fundsachen abgegeben bzw. gemeldet worden: 2 Geldbeträge, 1 Geldbörse mit Inhalt, 1 Eisenbahnermütze, 1 Herrenfahrrad. — Als zugelaufen sind gemeldet worden: 1 Schäferhund, 1 Wolfsspitz, 1 Pinscher, 1 Foxterrier.

STADTTEIL BUER

Der Staatsbergbau macht den Abbau nicht mit

Gegenüber in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchten, daß entsprechend den umfangreichen Abbaumaßnahmen, die im Privatbergbau, insbesondere auf einzelnen Zechen der Vereinigten Stahlwerke, des Rheinstahl-Konzerns und der Stinneswerke zur Zeit im Gange sind, auch ein neuer umfangreicher Abbau auf den Staatsbergbauwerken der Bergwerks-Aktiengesellschaften Recklinghausen und Hibernia vorgesehen sei, erfahren wir von zuständiger Seite, daß ein Abbau größeren Umfangs nicht in Frage kommt. Kleinere örtliche Entlassungen, die aus den jeweiligen örtlichen Verhältnissen bedingt sind, werden, wie überall, hier und da vielleicht zu erwarten sein. Indessen kommt ein größerer Abbau — die Gerüchte wollten teils von 1250, teils von 2000 Entlassungen wissen — auf den Staatsbergwerken vorläufig nicht in Frage. Die Arbeitsverhältnisse sind indessen davon abhängig, ob der kommende Winter bessere Absatzmöglichkeiten schaffen wird, als sie den Sommer und Herbst über vorhanden waren.



Saftige, goldgelbe Eierkuchen.... bei geringem Fettverbrauch

Mit Hilfe der ausgiebigen Rama können Sie die beliebten Eierkuchen häufig bereiten, ohne Angst vor einer Lücke in Ihrem Fettvorrat! Rama ist außerordentlich fettreich und spritzt daher nicht aus der Pfanne. Das ganze Quantum kommt dem Eierkuchen zugute. Die außerordentliche Ergiebigkeit und das reine Aroma werden aber am besten erzielt, wenn Sie kein anderes Fett beimischen. Verwenden Sie Rama Margarine allein, und Ihre Eierkuchen werden so goldgelb, saftig und wohlschmeckend.

Nr. 237. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Freitag, den 10. Oktober 1930.

20 Millionen freigewerkschaftlich organisiert

Die Weltgewerkschaftsbewegung im Spiegel der IGB.-Bilanz

Das neue Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes liegt jetzt in den drei Kongreßsprachen im Umfang von 250 Seiten vor. Diese Beschränkung des Umfanges wurde ermöglicht, indem die Berichte der angeschlossenen Landesorganisationen und die Internationalen Berufssekretariate diesmal weggelassen wurden und dem demnächst erscheinenden Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Stockholm beigefügt werden. Dagegen wurde das statistische Material des Jahrbuchs wiederum beträchtlich vermehrt, so daß das 6. Jahrbuch die neuesten und vollständigsten Informationen über den Stand der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung bringt.

Dem kurzen Vorwort folgt die Uebersicht über die Zusammensetzung des Ausschusses und des Vorstandes des IGB. und den Stand der Landeszentralen in den Jahren 1926, 1927 und 1928. Ende 1928 umfaßte der Internationale Gewerkschaftsbund 694 Landesverbände mit 1689 angeschlossenen Organisationen, 995 örtlichen Organisationen, mit zusammen

13 516 269 Mitgliedern in 23 Ländern.

Der IGB. gibt wöchentlich erscheinende Presseberichte mit einer Wirtschaftsbeilage heraus und die Monatsschrift „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung". Von den Organen der Landesverbände erscheint das für Palästina „Davar" am häufigsten, nämlich 300mal jährlich. Wöchentlich erscheinende Organe haben nur Deutschland, Bulgarien, Dänemark, Großbritannien, Luxemburg und Schweden; die übrigen erscheinen meist monatlich, in einigen Fällen auch halbmonatlich.

Die Tabelle über die Mitgliederzahlen der Landesverbände bringt zugleich einen Vergleich über Zu- oder Abnahme der Mitglieder während der Berichtszeit. Eine weitere Tabelle teilt die Mitglieder in männliche und weibliche, wobei leider einige Verbände die Zahl der weiblichen Mitglieder nicht angegeben haben; darunter Kanada, Spanien und Frankreich. Das

Verhältnis von 84,9 männlichen zu 15,1 weiblichen Mitgliedern

wird dadurch jedoch kaum merklich beeinträchtigt. Weitere Tabellen zeigen die Einnahmen und Ausgaben der Landeszentralen und der ihnen angeschlossenen Organisationen.

Den größten Raum des Jahrbuches beansprucht die Aufzählung der Verbände in den einzelnen Ländern und in den internationalen Berufssekretariaten mit ihren Adressen und Mitgliederzahlen.

Die Mitgliederzahl der Internationalen Berufssekretariate hat sich seit der Herausgabe des letzten Jahrbuches, Ende 1925, von 13 657 754 auf 13 709 861 erhöht, um rund 688 000. Daß diese Zahl höher ist als die Mitgliederzahl des IGB. erklärt sich daraus, daß nicht alle Verbände ihrer Landeszentrale angeschlossen sind. Geringer ist die Zahl der Verbände, die ihrer Landesorganisation, nicht aber ihrer Berufsinternationale angeschlossen sind. Die Zahl der Internationalen Berufssekretariate hat sich durch Anschluß der Lehrerinternationale von 26 auf 27 erhöht, die Zahl der ihnen angehörenden Organisationen von 567 auf 603. 22 Berufssekretariate geben Mitteilungsblätter heraus, und zwar meist in mehreren Sprachen. Die der Holzarbeiter und der Transportarbeiter erscheinen in fünf Sprachen, sechs in vier Sprachen, acht in drei Sprachen und sechs in zwei Sprachen. Der Abschnitt über

die Weltgewerkschaftsbewegung,

die tabellarische Uebersicht der verschiedenen Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt mit ihren Mitgliederzahlen wurde diesmal besonders gut ausgestattet. Organisierte wurden 44 190 525 in 76 Ländern gezählt. Davon 35 392 081 in Europa, 6 947 296 in Amerika, 1 018 457 in Australien, 742 194 in Asien und 90 497 in Afrika.

Freigewerkschaftlich organisiert waren 19 862 307, kommunistisch 11 706 906, konfessionell 2 120 562, syndikalistisch 323 643 und sonstwie 10 177 107. Letztere Zahl zeugt einmal für die Schwierigkeiten einer genauen Weltstatistik, im übrigen aber auch für die Unklarheit noch vieler Arbeiterorganisationen wie auch für die Hindernisse, die sie von einer bestimmten richtungsmäßigen Stellungnahme abhalten.

Die Lage der Gewerkschaftsbewegung jedes Landes ist ausführlich dargestellt. Namentlich das Material über die Gewerkschaftsbewegung in Südamerika, wie in Kolonialgebieten wurde in dem Jahrbuch zum ersten Male systematisch gruppiert und für viele Länder zuerst veröffentlicht. (Das Jahrbuch ist zum Preise von 3,30 RM von der Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin, Inselstraße 6 a, zu beziehen.)

Wasserstoffgas und Helium

Die Meldungen, die in Berlin eintrafen, lassen erkennen, daß das Wasserstoffgas bei der Katastrophe eine unheilvolle Rolle gespielt hat. Damit wird die Frage des zweckmäßigen Traggases für Luftschiffe aufgeworfen. Da Sicherheit auch für die Luftschiffahrt alles ist, spitzt sich die Frage dahin zu: Entweder gelingt es, Helium so billig herzustellen, daß es wirtschaftlich nutzbar ist, oder wir müssen dem Wasserstoff bzw. dem Knallgas seine Feuergefährlichkeit nehmen. Mit der Lösung dieser Frage steht und fällt die Luftschiffahrt als Faktor im wirtschaftlichen Verkehr.

Das Luftschiff soll in der Luft genau so schweben wie der Schwimmer im Wasser. Dazu ist erforderlich, daß das Gewicht des Luftschiffs, mit allem, was drum und dran hängt, genau so leicht wird oder noch um ein weniges geringer als das Gewicht der Luft, die von dem gesamten Schiff verdrängt wird. Ein Luftschiff ist aber um bedeutendes schwerer, weil alle Materialien, die wir beim Bau verwenden, auch die allerleichtesten, immer noch schwerer sind als die Luft. Man muß daher das Gewicht des Luftschiffes herabsetzen, indem man die gewaltige Hülle mit einem Stoff anfüllt, der leichter ist als die Luft. Hierfür stehen in großem Maße nur zwei Gase zur Verfügung:

der Wasserstoff und das Helium.

Wasserstoff ist ein völlig geruch- und farbloses Gas, der leichteste Stoff, den wir bisher überhaupt kennen. Da er rund zehnmal so leicht ist wie die Luft, erfährt ein Liter Wasserstoff in der Luft einen Auftrieb von rund einem Gramm oder, anders gesprochen: jedes Liter Wasserstoff, welches in die Ballonhülle hineinkommt, macht das Luftschiff um ein Gramm leichter; umgekehrt: ersetzt man ein Liter Wasserstoff in der Ballonhülle durch Luft, so wird das Schiff um ein Gramm schwerer. Jedes Gramm Gewicht im Luftschiff erfordert also einen Liter reines Wasserstoffgas, um in der Schwebe gehalten zu werden.

Bei einem modernen Großluftschiff müssen in der Hülle mindestens 50 000 bis 100 000 Kubikmeter Wasserstoffgas untergebracht werden.

Woher nimmt die Luftschiffahrt diese gewaltigen Mengen Wasserstoff? Dieses Gas kommt in gewaltigen Mengen auf der Erde vor, nämlich chemisch gebunden im Wasser. Schickt man einen elektrischen Strom durchs Wasser, dem man etwas Schwefelsäure zugesetzt hat, so wird es in zwei Gase zerlegt: in Wasserstoff und Sauerstoff, die getrennt aufgefangen werden. Man nennt diesen Vorgang „Elektrolyse". Etwas Aehnliches bewirkt der elektrische Strom bei der Kochsalzlösung. Diese Elektrolyse oder elektrische Zersetzung von Kochsalz in Deutschland bereits sehr hoch entwickelt, so daß Deutschland in der Wasserstoffentwicklung an der Spitze steht. Wasserstoff wird in großen Mengen von Margarinefabriken gebraucht. Er verwandelt nämlich flüssige, stark riechende Oele in harte, geruchlose Fette. Die meisten Luftschiffhallen besitzen heute jedoch ihre eigene Elektrolysieranlage, um die Transportkosten zu sparen. Ein Kubikmeter Wasserstoff kostet am Ort 10 Pf., nach Transport 40 Pf. Man leitet den aufgefangenen Wasserstoff in Gasometer oder in unterirdische Hochdruckkessel und von hier aus durch holzbekleidete Kanäle und Stoffschläuche in die Gaskammern der Hülle, die in ihr eingebettet liegen wie die Bohnen in der Schote.

Diese Gaszellen bilden eine der schwierigsten Fragen des Luftschiffbaus.

Der Wasserstoff, der leichteste und beweglichste Geselle unter den Elementen, schlüpft auch durch die engsten Poren. Man hat zuerst Gaszellen von gefirnißter Leinwand, später von Goldschlägerhaut hergestellt. Dann nahm man statt der knappen Goldschlägerhaut andere Därme und überzog sie mit Seidenstoff. Doch die Stoffzellen haben die unangenehme Eigenschaft, daß sie begierig die Feuchtigkeit aus dem Wasserstoffgas und der Luft auffangen und dann stockig werden und schimmeln. Auch die modernsten Gaszellen lassen im Laufe der Zeit immer noch Wasserstoff heraus und Luft hinein. Das erstere führt zur Bildung von Knallgas und das andere bewirkt eine Verunreinigung des Wasserstoffs mit dem schweren Sauerstoff und Stickstoff der Luft. Die Bildung von Knallgas innerhalb der Hülle ist der Grund dafür, daß man die Motoren und Kajüten außerhalb der Hülle in besonderen Gondeln unterbringen muß, und daß das Rauchverbot streng durchgeführt wird.

Das Helium ist ebenfalls ein farbloses und geruchloses Gas. Es wurde nicht auf der Erde, sondern sozusagen auf der Sonne entdeckt. In dem Spektrum der Sonnenprotuberanzen — das sind gewaltige Explosionsflammensäulen auf der Sonne, die sich bilden, wenn bis zur Weißglut erhitzte Gasmassen aus dem Innern in den Weltenraum hinausgeschleudert werden — fand man die gelbe Heliumlinie und nannte das bis dahin unbekannte Gas Helium oder Sonnengas. Danach fand man Helium auch auf der Erde in den Gasen ausbrechender Vulkane und im Monazitsand, einer Gesteinsart, die radioaktive Stoffe enthält. Helium bildet sich immer beim Zerfall radioaktiver Stoffe.

Ein Preisausschreiben des Sozialistischen Kulturbundes

Seit vielen Jahren besteht das Bedürfnis nach einfachen, leicht verständlichen, mitreißenden Gesängen, die bei Umzügen, Versammlungen, Festen und Feiern von den Massen gesungen werden können. Bis jetzt werden immer wieder die gleichen Lieder angestimmt, die oftmals weder dichterisch noch musikalisch zeitgemäß sind. Um diesem Mangel zu steuern, hat der Sozialistische Kulturbund beschlossen, ein Preisausschreiben zur Gewinnung solcher Lieder und Gesänge unter folgenden Bedingungen zu erlassen:

Allgemeine Bestimmungen:

1. Es sollen Lieder eingereicht werden, die in Dichtung und Weise volkstümlich sind und unmittelbar von allen Kreisen des werktätigen Volkes gesungen werden können.
2. Es können Lieder und Gesänge mit und ohne Begleitung sein (Klavier, Laute, Guitarre usw.). Einstimmige Gesänge kommen ebenso in Betracht wie leicht eingehende zwei- und mehrstimmige Gesänge. Alle Möglichkeiten vokaler Behandlung sind freigestellt, doch wird auf die Gewinnung einer unbegleiteten volkstümlichen Weise besonderer Wert gelegt.
3. Die Dichtungen sollen lebendig und unmittelbar aus dem Fühlen und Denken unserer Tage herauswachsen. Als Vorlagen können bereits veröffentlichte oder für diesen Zweck neu geschaffene Dichtungen verwandt werden.
4. Die Kompositionen dürfen noch nicht veröffentlicht sein. Auch sollen keine Bearbeitungen bekannter Lieder eingereicht werden.

Besondere Bestimmungen:

1. Der Preis für das beste Lied beträgt 500 RM. Als weitere Preise werden ausgesetzt: 2. Preis 300 RM und 3. Preis 200 RM.
2. Letzter Termin für die Einreichung ist der 1. Januar 1931. Die Einreichung erfolgt unter der Anschrift: Sozialistischer Kulturbund, Arbeiter-Musik-Kommission, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
3. Die eingereichten Manuskripte, die weder den Namen des Komponisten tragen noch von seiner Hand geschrieben sein dürfen, sollen auf der ersten Seite ein Kennwort aufweisen, das zusammen mit dem Namen und der Anschrift des Komponisten in einem versiegelt beigefügten Umschlag enthalten sein muß.
4. Unleserliche oder mangelhaft geschriebene Manuskripte bleiben von der Prüfung ausgeschlossen.
5. Die Prüfung der eingereichten Manuskripte erfolgt durch einen vom Sozialistischen Kulturbund hierfür bestimmten Prüfungsausschuß.
6. Die Entscheidung des Prüfungsausschusses, welchen der eingereichten Werke die ausgesetzten Preise zuzuerkennen sind, wird am 1. April 1931 bekanntgegeben. Diese Entscheidung ist endgültig und nicht im Rechtswege anfechtbar.
7. Der Prüfungsausschuß kann außer den preisgekrönten Werken auch weitere durch besondere Anerkennung auszeichnen.
8. Der Sozialistische Kulturbund behält sich das Recht der Erstaufführung vor, die sobald als möglich nach der Veröffentlichung des Ergebnisses stattfinden soll. Im übrigen bleibt jeder Komponist alleiniger Inhaber aller ihm zustehenden Rechte.

Wichtig für Jäger!

Wann dürfen Birkhähne geschossen werden?

Der Regierungspräsident hat eingeholten Berichten und Erkundigungen von maßgebenden jagdlichen Stellen entnommen, daß die jagdliche Beurteilung über die Freigabe der Jagd auf Birkwild vom 1. Oktober bis zum 30. November im Bezirk sehr uneinheitlich ist. Der Regierungspräsident gibt daher bekannt, er müsse unter diesen Umständen aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen, Ausnahmeerlaubnis von der Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 zu erteilen. Daher bleibt es bei der festgesetzten Schonzeit.

Krammetsvögel

In Jägerkreisen herrscht vielfach noch die Ansicht, daß Drosseln (Krammetsvögel) geschossen werden dürfen. Drosseln sind durch die Tier- und Pflanzenschutzverordnung vom 16. Dezember 1929 das ganze Jahr hindurch geschützt.

Hohensyburg-Rundstrecken-Rennen 1930

12. Oktober

Voraussichtlicher Start Caracciolas!

130 Nennungen sind bis zum Nennungsschuß eingelaufen. Ein Ergebnis, welches in diesem Jahre bei keiner Veranstaltung erreicht worden ist! 100 Motorradfahrer mit und ohne Beiwagen und 32 Sport- und Rennwagenfahrer werden am kommenden Sonntag auf dem ideal schönen Hohensyburg-Ring um die Palme des Sieges kämpfen. Die Verhandlungen betr. Start Caracciolas sind noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit mit seinem Start zu rechnen. Aber auch andere bekannte Fahrer werden am Sonntag an den Start gehen, so daß mit hochinteressanten Kämpfen zu rechnen ist.

Das Krankengeld der Hausgehilfen

Nach dem neuen Recht der Krankenversicherung darf die Krankenkasse einem Versicherten, der während seiner Krankheit das Arbeitsentgelt weiter erhält, kein Krankengeld zahlen. Zum Arbeitsentgelt in diesem Sinne gehört auch die Gewährung freien Unterhalts und freier Wohnung. Die Bestimmung gilt also auch für Hausgehilfen. In Verbindung mit dieser Neuregelung ist beachtenswert, daß die früher im Gesetz enthaltene Bestimmung, nach welcher der Arbeitgeber berechtigt war, dem Hausgehilfen das Krankengeld auf den Lohn anzurechnen, fort gefallen ist. Die Rechtslage ist nunmehr folgende:

Nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat der Hausgehilfe Anspruch auf Arbeitsentgelt, wenn er für eine nicht erhebliche Zeit durch Krankheit verhindert wird, seinen Dienst zu verrichten. Er müßte sich jedoch das Krankengeld anrechnen lassen, das er von der Krankenkasse erhielte. Da nun aber nach dem neuen Recht, das durch die bekannte Notverordnung des Reichspräsidenten eingeführt ist, von der Krankenkasse kein Krankengeld mehr gezahlt werden darf, so kann es auch vom Arbeitgeber nicht auf den Lohn angerechnet werden. Der Hausgehilfe erhält also den vollen Lohn, aber kein Krankengeld. Zum Ausgleich muß die Krankenkasse für solche Versicherte entweder die Beiträge senken oder aber für sie das Krankengeld für die Zeit nach Wegfall des Lohnes erhöhen.

„Fünfte Deutsche Verbraucherwoche"

Die Deutschen Verbraucherwochen sind nicht, wie man vielleicht denken könnte, Ausverkaufswochen. Wir haben in Deutschland viel zu viel „Wochen", in denen mit Riesenreklame Ladenhüter abgesetzt, oder eigens zu diesem Zweck beschaffte Massenware an den Mann oder richtiger an die Frau gebracht werden sollen. Die jährlich stattfindende „Deutsche Verbraucherwoche" ist vielmehr eine zeitgemäße Form der genossenschaftlichen Werbe- und Bildungsarbeit, die von den Konsumgenossenschaften stets neben der kaufmännischen und organisatorischen Leistung als Grundlage des Erfolges gepflegt worden ist.

Die „Fünfte Deutsche Verbraucherwoche" des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine E. V., Köln, die vom 5. bis 12. Oktober stattfindet, vereinigte die 275 Verbandsgenossenschaften mit 2300 Verteilungsstellen in dem Streben, den Genossenschaftsgedanken in den Reihen ihrer Mitglieder zu vertiefen und der Oeffentlichkeit Aufklärung über die, vielen Mißverständnissen und Uebelwillen ausgesetzten, Konsumgenossenschaften zu geben. Die Veranstaltungen der Genossenschaften in der Verbraucherwoche geschehen nach einem einheitlichen Plan, der vom Werbe- und Bildungsausschuß des Reichsverbandes zusammengestellt und jeder Verbandsgenossenschaft zugeteilt wurde. Der Plan sieht alle Einzelheiten vor und enthält Vorschläge und Entwürfe für jede Art der genossenschaftlichen Werbung: Versammlung, Familien- und Kinderfeste, Festzug, Besichtigung, Warenausstellung, Fensterdekoration, Hausagitation, Flugblatt, Plakat, Film, Anzeige, Genossenschaftsliteratur. Die Teilnahme der Verbandsgenossenschaften an der diesjährigen Verbraucherwoche ist besonders rege, so daß ein guter Erfolg zu erwarten steht.

Zu diesem Erfolg dürfte der diesjährige Leitgedanke der Verbraucherwoche „Familie und Genossenschaft" wesentlich beitragen. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, verbraucherfeindliche Gesetzgebung ist die Not in den Familien aufs höchste gestiegen. Die Sorgen des Haushalts, der das wirtschaftliche Fundament der Familie ist, lasten schwer auf den Hausfrauen und Müttern. Der Zwang, mit geringsten Mitteln hauszuhalten, wird zur unentrinnbaren Notwendigkeit. Die Gefahren des Borgens, die Reklameverlockungen zu unüberlegten Einkäufen wachsen mit dem schlechten Gang der Wirtschaft. Demgegenüber bringt die Konsumgenossenschaft die Vorteile der Barzahlungen und des Sparens und hält dadurch das Haushaltungsbudget in Ordnung. Neben dem Sparen des einzelnen in der Sparkasse der Genossenschaft, tritt besonders der Grundzug der Konsumgenossenschaft, das Kollektivsparen in seiner Bedeutung für die Familie wieder in den Vordergrund. Der statutarisch und gesetzlich festgesetzte Hauptzweck der Konsumgenossenschaft ist die Erzielung von Ersparnissen mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. Billige Preise, Rückvergütung und Eigenproduktion sind die Hauptfaktoren, wodurch Ersparnisse für den Haushalt erzielt werden. Die Frage der Preissenkung und der Preisbindung der Markenartikel hat die weitesten Kreise der Verbraucher auf die Bedeutung der genossenschaftlichen Eigenproduktion aufmerksam gemacht. Auch die ungerechte Sonderumsatzsteuer für die Konsumvereine war geeignet, die Verbraucher erneut über den Wert ihrer genossenschaftlichen Selbsthilfebewegung zum Nachdenken zu bringen.

Blutige Wirtschafts-Auftritte

Eine blutige Auseinandersetzung in Sterkrade.
Drei Personen niedergeschossen.

In der Nacht zum Montag wurde das Ueberfallkommando zur Wirtschaft Jenke im Stadtteil Sterkrade gerufen, wo sich eine folgenschwere Auseinandersetzung ereignet hatte. Die Polizei fand bei ihrem Eintreffen den 21jährigen Sohn des Wirts, sowie den in Homborn wohnhaften Heinrich Hörschemeier und den Kellner Wilhelm Kwiatkowski aus Sterkrade mit schweren Schußverletzungen vor. Der Sohn des Wirts hatte einen Brustschuß erlitten und verstarb, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle sein konnte. Die beiden anderen Verletzten wurden sofort dem Krankenhause zugeführt, wo Hörschemeier ebenfalls durch einen Brustschuß lebensgefährlich verletzt daniederliegt. Dem Kellner Kwiatkowski wurde die Schlagader am Unterarm zerschossen, auch bei ihm soll Lebensgefahr bestehen.

Hierzu erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In der Wirtschaft Jenke wurde ein öffentliches Tanzvergnügen abgehalten. Kurz vor Mitternacht erschienen zwei männliche Personen im Saale, die, entgegen dem Verbot des Wirtes, zusammentanzten. Sie wurden von einem auf der Tanzfläche die Aufsicht führenden Verwandten des Wirts nach erfolgloser Verwarnung aus dem Saale gewiesen. Hierbei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf von einem der beiden aus dem Lokale Verwiesenen mehrere Schüsse von der Straße her in den Saal gefeuert wurden, die die bereits erwähnten Verletzungen verursachten. Die Täter flüchteten, wurden jedoch noch in der Nacht als die Gebrüder Ernst und Wilhelm Barlem aus Wehofen festgenommen. Nach längerem Leugnen gestand Wilhelm Barlem, die Schüsse abgegeben zu haben.

*

Ein weiterer Wirtshausstreit.

In der Wirtschaft „Zur neuen Schleuse" in Duisburg ereignete sich in der Nacht zum Sonntag eine schwere Bluttat. In dieser Wirtschaft geriet ein gewisser Paul Kreuz mit einer dort beschäftigten Angestellten in eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf er dieser ein Glas Bier ins Gesicht schüttete. Mehrere Gäste mischten sich nun in den Streit, und es kam zu einer Rauferei zwischen diesen und Kreuz. Kreuz brach plötzlich an der Theke zusammen. Einer der Teilnehmer an der Rauferei hatte ihm einen Stich in die Brust beigebracht. In der Erregung wurde von einem Gast die Feuerwehr alarmiert, die mit drei Zügen erschien. Bei dem inzwischen zum Krankenhaus geschafften Kreuz stellte der Arzt eine lebensgefährliche Lungenverletzung fest. Die Polizei hat einen Metzger in Haft genommen, der dringend verdächtigt erscheint, Kreuz den Messerstich beigebracht zu haben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Verbandstag des Gesamtverbandes rheinisch-westfälischer Stenographen

Der Gesamtverband rheinisch-westfälischer Stenographen hielt in Bonn seinen 59. Verbandstag ab, der mit einer Vertreterversammlung eröffnet wurde. Es waren 206 Vereine mit 14 100 Mitgliedern durch 165 Delegierte vertreten. Nach Erstattung der einzelnen Berichte wurde Bielefeld als nächster Tagungsort gewählt. In der öffentlichen Hauptversammlung in der Bonner Beethovenhalle hielt Justizrat Bäker (München) den Festvortrag. Oberpräsident Dr. Fuchs, der Bonner Oberbürgermeister und andere Behörden hatten Vertreter entsandt. Die Tagung wurde mit einem Gesellschaftsabend beendet.

Die Firma Krupp will 2500 Arbeiter und Angestellte entlassen

Nachdem es der Firma Krupp trotz der schlechten Wirtschaftslage noch möglich gewesen ist, die Belegschaft der Gußstahlfabrik in den letzten Monaten, wenn auch vielfach mit Kurzarbeit, weiterzubeschäftigen, so hat sich die Absatzkrise in letzter Zeit derart verschärft, daß nunmehr auch hier weitere Entlassungen unvermeidbar geworden sind. Die Firma hat dem Regierungspräsidenten die Notwendigkeit der Entlassung von etwa 2500 Arbeitern und Angestellten ihrer Essener Betriebe angezeigt. Die Entlassungen sollen in vier Wochen zur Ausführung kommen, falls bis dahin keine Besserung im Auftragseingang eingetreten ist.

Der Raubüberfall auf einen Geldbriefträger

Zu dem Raubüberfall auf den Geldbriefträger in einem Hause am Salierring zu Köln werden uns noch folgende Einzelheiten berichtet. Am Freitag voriger Woche erschienen in dem Hause drei Personen, die angeblich ein Geschäft aufmachen wollten. Um was es sich handelte, ist dem Hauseigentümer selbst bisher noch nicht bekannt. Montag sollten die Möbel ankommen. Das gemietete Büro liegt im Hinterhaus. Als der Briefträger Montag morgen an die Leute einen kleinen Betrag auszahlen wollte, wurde er von einem Hausbewohner in das Hinterhaus geleitet, worauf sich dieser zurückzog. Gleich darauf hörte der Hausbewohner Hilferufe und sah die beiden Männer davonlaufen. Der stark blutende Briefträger wurde darauf von dem Hausbewohner in ein im Vorderhaus liegendes Büro geleitet und machte über den Vorfall folgende Angaben: Er habe mit einem Eisenstück sechs bis sieben Schläge auf den Kopf erhalten. Der letzte Schlag ging fehl, und das Eisen fiel dem Täter aus der Hand, worauf beide Räuber die Flucht ergriffen. Wie der Hausbesitzer gehört haben will, soll es sich bei den beiden Burschen um zwei bekannte Schwindler handeln. Eine Frau soll die ganze Sache organisieren. Die beiden Burschen sollen, als der Briefträger eingetreten war, die Tür des Vorraumes abgeschlossen haben. Sie waren gerade dabei, einen Ofen aufzustellen. Der Briefträger erhielt plötzlich einen Schlag auf den Kopf und glaubte ein Ofenrohr sei ihm auf den Kopf gefallen. Nachdem er noch weitere Schläge erhalten hatte, rief er um Hilfe. Der Briefträger hatte trotz der starken Schläge noch die Kraft, das Eisen aufzuheben und sich in das Vorderhaus zu schleppen. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, sind die beiden Burschen keine typischen Verbrecher. Der Festgenommene ist bereits geständig. Er ist 1903 geboren. Beide Täter stammen aus Köln. Die Verletzungen des Briefträgers schienen auf den ersten Blick ziemlich harmlos zu sein, jedoch ist der hinzugezogene Arzt der Meinung, es mit schwereren Verletzungen zu tun zu haben.

Betrogene Bausparer

Frankfurter Zeitungen berichten über den Zusammenbruch der „Selbsthilfe der Arbeit". Gegen die Vorstands- und Aufsichtsratmitglieder dieser vor wenigen Jahren gegründeten Bausparkasse ist ein gerichtliches Verfahren wegen Betrugs, Unterschlagung und Untreue eingeleitet worden. Die Gesellschaft besaß in einer Reihe von deutschen Städten Vertretungen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften, die sich gegenseitig in die Hände arbeiteten.

Die monatlichen Einnahmen der Gesellschaft, die etwa 60 000 RM betrugen, setzten sich aus Beträgen zusammen, die Wohnungssuchende ratenweise einzahlten. So sind Tausende von Bausparverträgen abgeschlossen worden, deren Gesamtsumme etwa 56 Millionen RM betragen soll. Die Gesellschaft, die trotz der ungeheuren Gelder, die ihr zuflossen, bisher knapp 100 Wohnungen errichtet hat, hat heute Verbindlichkeiten von über 2 Millionen RM; für 350 000 RM Wechsel sind in letzter Zeit zu Protest gegangen. Die 100 Wohnungen wurden zum Teil auf eine recht anfechtbare Weise finanziert, so hat man Wechsel hingegeben, die nachher zum großen Teil zu Protest gingen.

Aktiven sind in nennenswertem Umfange nicht vorhanden. Ausgegebene Grundschuldbriefe wurden nicht einbezahlt und dann noch verpfändet. Die eingegangenen Gelder scheinen zum großen Teil für „Unkosten" verausgabt worden zu sein. Durch den Zusammenbruch der Gesellschaft ist ein Schwindelunternehmen verschwunden, das vielen Tausenden von Sparern den letzten Groschen abgenommen hat.

Bekanntlich hat die „Selbsthilfe der Arbeit" im besonderen Maße die Sicherheit der Einlagen bei den Sparkassen angezweifelt und von sich selbst behauptet, daß die Einlagen bei der Selbsthilfe viel sicherer seien. Als Begründung wurde angeführt, daß sämtliche Ein- und Auszahlungen bei der Selbsthilfe der Arbeit auf Inder-Mark umgerechnet und so vor Entwertung geschützt würden. Die Selbsthilfe der Arbeit forderte auch für sich das Notenausgaberecht. Die Nachprüfung der Frankfurter Staatsanwaltschaft ergab zunächst, daß die vorgefundenen Geschäftsbücher außerordentlich unübersichtlich und unzweckmäßig geführt worden sind, und daß große Verfehlungen und Unstimmigkeiten in der Geschäftsführung obgewaltet haben müssen. Die vor einigen Tagen stattgefundene Gläubigerversammlung konnte bei stürmischem Verlauf zu keinem Ergebnis kommen. — Drum prüfe; wer sich durch einen Bausparvertrag für lange Jahre bindet.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille". Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Eingesandt

Ein „kleiner" Friseur meldet sich

Auf den Artikel „Ein Mahnruf des Friseurgewerbes" habe ich folgendes zu erwidern:

Ich bin mit den darin enthaltenen Ausführungen so ziemlich, wenn auch nicht in allen Punkten, einverstanden. Mein Geschäft liegt in einem ausgesprochenen Arbeiterviertel des Ortsteils Ueckendorf, und da muß ich mich wirklich der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft anpassen, wenn ich überhaupt noch auf Kunden rechnen soll. Deshalb verlange ich auch von meinen Kollegen, daß sie sich sozial einstellen und der notleidenden Arbeiterschaft entgegenkommen. Das aber ist eben nur so möglich, daß die Preise den Geldverhältnissen der notleidenden breiten Massen angepaßt werden. Was in dem Artikel mit Bezug auf die kleinen Geschäfte gesagt ist, fasse ich als unangebrachte Seitenhiebe auf. Es kann nicht jeder Friseur einen Luxusladen haben; aber es darf betont werden, daß auch die Inhaber der kleinen Geschäfte eine straffe Lehrzeit bei einem tüchtigen Meister hinter sich haben, so daß sie also ihr Geschäft und ihr Handwerk genau so gut verstehen, wie die „großen" Kollegen. Auch in antiseptischer und allgemein-hygienischer Beziehung werden die Kunden in den kleinen Friseurläden genau so einwandfrei behandelt, wie in den Luxussalons. Von der Schwarzarbeit kann gesagt werden, daß da zum großen Teil die Friseurmeister mit ihrer Lehrlingszüchterei selbst schuld daran sind. Gab und gibt es doch Geschäfte, in denen zwei Lehrlinge und zwei Lehrmädchen beschäftigt wurden und werden, ohne daß ein Gehilfe darin tätig wäre. Wenn dann diese vielzuvielen Lehrlinge ausgelernt haben, fliegen sie auf die Straße und bilden, wollend oder nicht, das Heer der Schwarzarbeiter, denn Hunger tut eben weh. Was nun die Sonntagsarbeit anbelangt, so wäre das Arbeit für die Innungen und die Gewerbepolizei, denn es gibt im Ortsteil Ueckendorf Kollegen, die ihr Geschäft den ganzen Sonntag geöffnet haben.

Ein Friseur aus dem Ortsteil Ueckendorf mit ausgesprochener Arbeiterkundschaft.

*

Wir haben diesen Ausführungen eines kleinen Gewerbetreibenden nur das eine hinzuzufügen: Was er über die Schwarzarbeit und ihre Auswirkungen sagt, das deckt sich haargenau mit dem, was wir gelegentlich bei Pressekonferenzen vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes, Halbfell, immer wieder zu hören bekommen, der sich immer wieder gezwungen sieht, auf Grund der reichen Erfahrungen und Beobachtungen, die er auf seinem Arbeitsamte macht, den Innungsmeistern gegenüber den Vorwurf der Lehrlingszüchterei zu erheben und sie auf ihre schädlichen Folgen, die sich wirtschaftlich, aber auch moralisch für die jungen Leute herausstellen, mit Nachdruck hinzuweisen.

Rundfunk-Programm

Freitag, 10. Oktober.

11.00: Schulfunk. Französische Unterhaltung.
11.30: Hamburg: Schulfunk. Der lustige Mozart.
15.00: Bastelstunde. Kasperl in der Streichholzschachtel. (Material: leere Streichholzschachtel, Seidenpapier, Buntpapier, Holzperlen, dünne Kordel.)
15.50: Dr. Hans Behle: Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16.25: Reinhard Goering: Sonnenwende.
16.45: Jugendfunk.
17.30: Vesperkonzert.
18.30: Dr. Helwig: Stimme und Charakter. Die Kunst des Schauspielers.
19.15: Englisch Unterhaltung.
19.40: Prof. Dr. Kuske: Der indische Raum.
20.00: Meister der Operette. Ein Zyklus mit Schallplatten. Mischa Spoliansky.
20.30: Krise. Hörspiel von Rudolf Leonhard.
Anschl.: Nachtmusik und Tanz.

Deutsche Welle. Freitag, 10. Oktober.

11.30: Lehrgang für praktische Landwirte. Reichsminister Schiele: Die Landwirtschaft und ihre Aufgaben.
15.00: Jungmädchenstunde. Als Werkstudentin in der Großstadt.
16.00: Schulrat Wolff und Oberlehrer Knospe: Einheitliches Lektionsschema in der Erdkunde oder nicht.
16.30: Leipzig: Nachmittagskonzert.
17.30: Kurd Kißhauer: Der bevölkerte Sternenhimmel.
18.00: Dr. Arndt-Jessen: Die öffentliche Hand als Schuldner.
18.30: Dr. O. Hauser: Frühmenschen und Kulturanfang.
19.00: Englisch für Fortgeschrittene.
19.30: Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte.
20.00: Stuttgart: Aus der Liederhalle: Konzert des Philharmonischen Orchesters. Mozart: Jupiter-Sinfonie. — Vieuxtemps: Konzert für Violine und Orchester. — Strawinsky: Feuervogel, Suite. — Kleine Stücke für Violine und Klavier.
Danach: Tanzmusik. Kapelle Bela Bisony.

Theater / Musik

Das erste diesjährige Sinfoniekonzert

findet am Montag, dem 13. dieses Monats, im Hans-Sachs-Haus statt. Die Auswahl der Werke und ein Solist von Weltruf werden die Reihe der kommenden Konzerte in glanzvoller Weise eröffnen. Das Programm nennt Haydns zweite Sinfonie, B-Dur, das Violoncello-Konzert Nr. 3 in A-Dur von Karl Philipp Emanuel Bach, die Ouvertüre (Suite) Nr. 3 von Johann Sebastian Bach und Beethovens erste Sinfonie in C-Dur. Die Leitung liegt in Händen des städtischen Musikdirektors Paul Belker. Emanuel Feuermann, der weltberühmte Cellovirtuose, der bereits einige Male in unserer Stadt gastierte, ist als Solist verpflichtet. Das hervorragende Bochumer Städtische Orchester stellt auch in diesem Jahre wieder den Instrumentalkörper. Beginn des Konzertes 20 Uhr. Nichtvormieter erhalten Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), in den bekannten Verkaufsnebenstellen und am Montag an der Abendkasse. Auch Vormietekarten für die insgesamt sechs stattfindenden Konzerte dieses Winters können noch zum Preise von erster Platz 15 RM, zweiter Platz 10 RM, dritter Platz 6 RM, vierter Platz 3 RM, zahlbar in vier Raten, im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228) und Rathaus Buer (Zimmer 17) entnommen werden.

*

Am Mittwoch, dem 15. dieses Monats, gastiert das Düsseldorfer Schauspielhaus

in der Stadthalle für die Vormietegruppe weiß mit Kaisers neuem Bühnenwerk „Mississippi". Spielbeginn 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), in den bekannten Verkaufsnebenstellen und am Mittwoch an der Abendkasse.

Einige erste Plätze im großen Saal und gute Galerieplätze können noch in Vormiete abgegeben werden.

Sehr vernünftig!

Louise Dumont und Gustav Lindemann schreiben uns:

Aus nahen und weiteren Freundeskreisen des Düsseldorfer Schauspielhauses kommt vielfach die Frage, in welcher Weise das Gedächtnis der Schauspielhaus-Eröffnung im Oktober vor 25 Jahren gefeiert werden soll.

Mit herzlichem Dankgefühl für die treuen Begleiter der Schauspielhausarbeit sei die Bitte ausgesprochen, von jeder, wie immer gemeinten, Feier absehen zu wollen.

Ist der Druck der allgemeinen Zeitverhältnisse schon wenig geeignet, den Gedanken an Feiern aufkommen zu lassen, so macht die schwere Situation des gesamten deutschen Theaters, dessen Bestand geradezu bedroht ist, einen solchen Gedanken zur vollen Unmöglichkeit.

Wird diese schwere Zeit für deutsches Leben und für deutsche Kunst sieghaft überstanden, wird das Schauspielhaus mit dieser Feier auch gerne sein Jubiläum vereinen. Bis dahin wird es, wie bisher, für einen Spielplan sorgen, der in Ernst und Heiterkeit abwechselnd dem Schauspielhaus — das ohne jeden finanziellen Zuschuß bestehen muß — seine wirtschaftliche Möglichkeit sichert und, soweit seine Lage es erlaubt und Ruhe zur Ausgestaltung bleibt, von Zeit zu Zeit Werke bringen, die dem Gründungsgedanken des Schauspielhauses entsprechen.

Daß dies nicht öfter, ja, ausschließlich geschehen kann, ist ein wesentlicher Grund mehr, der von der Leitung, eine Jubelfeier als der Lage nicht gemäß, ausgesprochen werden muß.

Es wird somit herzlich gebeten, von jeder Betonung eines festlichen Anlasses abzusehen.

Filmschau

Ufa-Theater „Schauburg".

Uns wird mitgeteilt, daß die Tonfilmoperette „Die drei von der Tankstelle" im Ufa-Theater „Schauburg" noch immer bei vollbesetzten Häusern läuft. Es dürfte dies in erster Linie auf die Mitwirkung von Lilian Harvey mit ihrem Partner Willi Fritsch zurückzuführen sein. Der Liebesliedschlager „Liebling, mein Herz läßt dich grüßen" ist bereits Allgemeingut aller derer geworden, die das bekannte Filmschauspielerpaar immer wieder gern sehen. —

Wir sind für heute noch nicht ermächtigt, Näheres zu verraten, möchten aber den Freunden ernsten und nachdenklichen Filmgeschehens schon heute mitteilen, daß demnächst die Schauburg mit einem der gediegensten und wuchtigsten Tonfilmwerke der Gegenwart herauszukommen gedenkt.

*

Capitol-Theater.

Der neue Tonfilm „Komm zu mir zum Rendezvous" ist nach einem Vaudeville von J. Bousquet und H. Falk bearbeitet. Er bringt in humorvollen Szenen die Erlebnisse eines Sprachlehrers, der durch ein Liebespaar zum Professor der Musik gepreßt wird. Nachdem er der Frau des genarrten Ehemannes die Wahrheit gesagt und sie damit um ihre heimlichen Stelldicheins gebracht hat, wird er von dem Ehemann zur Ausbildung seiner Freundin engagiert und dafür fürstlich belohnt. Köstlich sind die Szenen bei dem wirklichen Gesangslehrer, dessen Namen er angenommen hat, bei dem er selbst die einfachsten Anfangsgründe der Sangeskunst erlernen will und sich dabei sterblich in die Tochter des Lehrers verliebt. Eine lustige Komödie der Irrungen und Wirrungen, die in ihrem flüssigen Dialog und in der verständlichen Tonwiedergabe von vornherein ihres Erfolges sicher sein darf. Glänzend ist die Besetzung mit Ralph Artur Roberts als betrogener und betrügender Ehemann, Alera Enaström als seine Frau und Walter Rilla als deren Freund. Dazu Szöke Szakall, Paul Morgan, Trude Lieske, Lucie Englisch und Fritz Schulz in den weiteren Hauptrollen.

Hierzu bringen wir einen weiteren Großfilm: „Carmen." Die Geschichte einer heißen Liebe, in 10 spannenden Akten. Dieser Film bringt jedem Besucher etwas Neues. Spannende Stierkämpfe wechseln ab mit heißen Liebesszenen, Eifersuchtstragödien u. a. m. In der Hauptrolle Raquel Meller, die weltbekannte, berühmte Schönheit.

Außerdem ein Kurztonfilm: „Grüß mir mein Hawai" mit den weltberühmten fünf Abels Sängern. Hierzu Wochenschau und Kulturfilm.

Man wolle, bitte, die Nachmittagsvorstellungen besuchen, da der Abendandrang ein ganz großer sein wird. Anfang 3 Uhr, letzte Vorstellung 7.45 Uhr, Sonntags ab 1.45 Uhr. Kleine Eintrittspreise!

*

Apollo-Theater.

Ein filmischer Weltrekord. — 36 Stars in einem Film.

In dem großen deutschen Tonfilm „Die große Sehnsucht", der ab heute im Apollo-Theater zur Erstaufführung kommt, ist eine Rekordziffer an mitwirkenden prominenten Darstellern erreicht. Unter der Regie von Stefan Szekely wirken nicht weniger als 36 prominente Darsteller mit. Die Hauptrolle spielt Camilla Horn. Der Aufstieg einer Komparsin zum großen Star bildet den roten Faden, der durch eine Reihe teils lustiger, teils ernster Episoden läuft. Man freut sich, wenn Camilla Horn auf ihren schmalen Schultern die Last des plötzlichen Startums trägt und mit einer ganz entzückenden Stimme ihre Schlager singt. — Das Publikum wird sich bestimmt nicht die Chance entgehen lassen, nicht weniger als 36 prominente Darsteller in einem Film zu sehen und zu hören. — Eintrittspreise von 60 Pfennig an.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Arbeitsbeschaffung

Ein Diskussionsvorschlag von Otto Hörsing, Magdeburg

1. Gesetzliche Herabsetzung und Festlegung des Zinsfußes.

Jetzt ist es an der Zeit, annähernd den Vorkriegszustand gesetzlich wieder herzustellen. In keinem Fall aber dürfen Zinsen für langfristiges Geld 5 Prozent und für kurzfristiges Geld — unter 6 Monate — 6 Prozent Zinsen überschreiten. Die übertriebenen Bankprovisionen müssen völlig verschwinden, die Zinsen müssen in angemessenem Verhältnis zum Reichsbankdiskont stehen. Den Banken und Geldgebern darf es nicht länger gestattet sein, eine die Wirtschaft abwürgende Zinspolitik zu treiben.

2. Ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft.

Die Handelsspanne ist einfach viel zu hoch und der Instanzen, die hiervon leben, zu viele. Der Landwirt wird zu gering bezahlt. Das ist eines der größten Uebel.

Die ganze Frage aber wird nur zu regeln sein, wenn die unentbehrliche ausländische Lebensmitteleinfuhr durch ein Staatsmonopol geregelt wird, so lange, bis der Weltmarkt den Ausgleich schafft, was für absehbare Zeit aber nicht der Fall sein wird.

3. Erbauung vieler und großer Talsperren.

Und nun zu der Frage der Großarbeitsbeschaffung. Jahr für Jahr rasen die Gebirgsflüsse und Bäche bergab und richten durch Ueberschwemmungen fast in jedem Jahre für viele hundert Millionen Mark Schaden an. Diese Gebirgsflüsse jetzt durch viele große Talsperren abzufangen, muß sofort geschehen, und zwar einmal, um mehrere hunderttausend Menschen zu beschäftigen, dann aber, um aus den Talsperren ungeheure Mengen elektrischer Energie für jeden Bedarf — vornehmlich aber zur Elektrifizierung der Eisenbahn — zu gewinnen.

4. Elektrifizierung der Eisenbahn.

Die wie oben dargelegte Erbauung von Talsperren und damit die Schaffung gewaltiger Mengen elektrischer Kraft muß Hand in Hand gehen mit der Elektrifizierung der Reichseisenbahn, die hierzu sofort umgebaut werden muß. Hier und am Talsperrenbau werden mehr als eine Million Handwerker, Arbeiter und Angestellte mehrere Jahre Beschäftigung finden.

5. Auflösung der frei werdenden Kohle zu Oel und Betriebsstoffen.

Mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen werden große Mengen Kohle frei. Die Mengen frei werdender Kohle steigen, je mehr die Bahn durchelektrifiziert wird. In keinem Fall aber dennoch darf der Bergbau zur Einschränkung oder gar zum Erliegen kommen. Mit der Elektrifizierung der Bahn müssen deshalb sofort große Anlagen zur Auflösung der Kohle in Oel und Betriebsstoffen aller Art in allen Kohlenrevieren erbaut werden. Mit dem Koks und der zur Auflösung nicht geeigneten Braunkohle kann man die Elektrizitätswerke dort, wo durch Talsperren keine Elektrizität zu schaffen ist, feuern und betreiben. Man schafft mit dem Bau der riesigen Anlagen zur Auflösung der Kohle viel Arbeit und erreicht, daß das Reich sich durch Produktion eignen Oeles und aller Betriebsstoffe vom Ausland unabhängig macht, und daß viele hundert Millionen Mark, die heute für Oel und Betriebsstoff Jahr für Jahr ins Ausland fließen, im Lande bleiben können. Nur der nicht im Inland zu erzeugende, also fehlende Bedarf ist durch Einfuhr hereinzulassen, durch ein Staatsmonopol, weil anders kaum möglich, zu kontrollieren.

6. Starke Herabsetzung der Eisenbahn-Personen- und Gütertarife.

Die Reichsbahn muß wieder das Monopol zur gewerbsmäßigen Beförderung von Personen und Gütern von Ort zu Ort bekommen neben den konzessionierten Schiffahrtsgesellschaften. Die wirklich nötigen Ausnahmen dürfen nur die Regierungen im Einvernehmen mit der Reichsbahn konzessionieren.

Nur diese radikale Maßnahme verspricht Erfolg. Nur so und nicht anders werden die Personen- und Gütertarife herabgesetzt und der Vorkriegszeit angepaßt werden können. Man baue Lokomotiven und Waggons statt der Straßengüterzüge, einen guten Eisenbahnoberbau statt der ewigen Erneuerung der Straßen und Brücken und entlaste hiervon die Städte, Kreise, Provinzen und Länder, die ihr Geld viel nutzbringender anwenden können.

7. Herabsetzung der Syndikatspreise.

Daß die Preise vieler Waren, die die Syndikate, Truste, Verbände usw. festsetzen oder kontrollieren, bis zu 30 Prozent zu hoch sind, ist eine feststehende Tatsache. Diese Preise müssen herunter. Ein Reichsgesetz muß ihre Festsetzung und ständige Kontrolle festlegen. Dabei wird zu prüfen sein, ob die Aufhebung all dieser Syndikate usw. und die Zulassung des freien Wettbewerbs der Inlandserzeugung nicht das Beste und Vorteilhafteste für die Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ist. Der jetzige Zustand ist in keinem Falle länger tragbar.

8. Nichtbeschäftigung von Ausländern.

Solange im Reich Angestellte, Kopf- und Handarbeiter, erwerbslos sind, können und dürfen wir uns nicht den Luxus, ausländische Kräfte zu beschäftigen, leisten. Das gilt auch für die Landwirtschaft.

9. Erwerbsverbot für Pensionäre.

Es muß allen Pensionären, die 400 Mark und mehr Pension pro Monat erhalten, jede Erwerbstätigkeit grundsätzlich verboten werden. Nur denjenigen, die unter 400 Mark monatliche Pension beziehen, kann ein Nebenverdienst, falls ein Bedürfnis vorliegt, was nachzuweisen ist, von der zuständigen Regierung gestattet werden; anderseits muß es überhaupt aufhören, daß gesunde Menschen unter 65 Jahren pensioniert werden.

10. Die Verlängerung der Schulzeit

um ein volles Schuljahr und die

Verkürzung der Arbeitszeit

auf 7 Stunden pro Tag sind ein Hilfsmittel, die Zahl der Erwerbslosen herabzudrücken. Es ist zu erwägen, ob nicht beides bis zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch Gesetz durchgeführt werden muß. So einschneidend diese Maßnahmen auch sein mögen, sie werden viel leichter zu ertragen sein, als der jetzige Zustand es ist.

Woher die Mittel nehmen, wie die Sache anfassen und aufziehen? Träger des ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramms muß das Reich sein, vertreten durch die Reichsregierung, der der „Ausschuß für produktive Arbeitsbeschaffung" zur Seite steht, der ehrenamtlich alles vorbereitet, beschließt und der Reichsregierung zur Zustimmung vorlegt. Dieser Ausschuß besteht aus 21 Personen, und zwar aus dem Reichswirtschaftsminister oder dessen Vertreter als Vorsitzenden und aus acht durch die Reichsregierung ernannten Vertretern, darunter zwei Ingenieuren und zwei Juristen, ferner je einem Vertreter der Banken, der Landwirtschaft, der Industrie, der Schiffahrt, des Handels und des Gewerbes und aus je einem Vertreter der Gewerkschaften dieser Gruppen.

Das Reich legt eine mit 5 Prozent verzinsbare mündelsichere Schuldverschreibung für produktive Arbeitsbeschaffung auf, der nach gesetzlichen Bestimmungen die Banken, Sparkassen, private und staatliche Versicherungsgesellschaften usw. einen Teil, mindestens aber 25 Prozent des Geldes, das sie anlegen, zuzuführen haben. Privatpersonen können ihr Geld hergeben, und wenn die Welt erst sieht, daß mit der Arbeitsbeschaffung wirklich Ernst gemacht wird, dann werden auch die Milliarden deutschen Kapitals, die ins Ausland geflohen sind und dort fast brachliegen, wieder zurückkommen. Dies geschieht, wenn sich das Vertrauen erst hebt.

Die Schadenersatzklage des Arbeitgeberverbandes Nordwest gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband

Vorentscheidung des Dortmunder Landesarbeitsgerichts

Am Landesarbeitsgericht zu Dortmund stand ein Prozeß der Betriebsratsmitglieder der Firma Both u. Tilmann gegen genannte Firma zur Verhandlung. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts in dieser Streitigkeit hat eine besondere Bedeutung, weil sie im gewissen Sinne eine teilweise Vorentscheidung zu der Schadenersatzklage des Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe gegen den Deutschen Metallarbeiterverband enthält. Die Firma Both u. Tilmann hat nach Verbindlichkeitserklärung des Oeynhauser Schiedsspruches ihrer gesamten Belegschaft gekündigt, um die bestehenden Akkorde herabzusetzen. Ueber die Vorschläge der Firma bezüglich der ab 1. Juli zu zahlenden Akkordpreise kam es zu einer Einigung nicht. Die gesamte Belegschaft einschließlich des Betriebsrates erschien am 1. Juli vor den Toren der Fabrik, erklärte jedoch, zu den von der Firma angebotenen Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen zu wollen. Es kam zu einem mehrtägigen Ausstand. Nach Beendigung des Ausstandes weigerte sich die Firma, den Betriebsrat wieder einzustellen. Sie sei wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung zur fristlosen Entlassung berechtigt, wenn man selbst die zum 30. Juni ausgesprochene Kündigung als rechtsunwirksam ansehen will. Das Arbeitsgericht zu Dortmund verurteilte die Firma zur Weiterbeschäftigung der Kläger.

In der Berufungsinstanz änderte die Firma ihre Verteidigung und behauptete, daß in der Kündigung der gesamten Belegschaft einschließlich des Betriebsrates keine Kündigung zum Zwecke der Auflösung des Arbeitsverhältnisses gelegen habe, sondern die Kündigung habe nur der Abänderung der Arbeitsbedingungen gedient. Im übrigen sei sie laut Rahmentarifvertrag für die Nordwestliche Gruppe berechtigt, wenn es über die Abänderung nicht zu einer Verständigung komme, diese nach Ablauf der Kündigungsfrist einseitig festzusetzen. Dieses Recht der einseitigen Festsetzung der Akkorde bestände auch gegenüber dem Betriebsrat und da die Kläger nicht zu den mit Wirkung ab 1. Juli — also nach Ablauf der Kündigungsfrist — festgesetzten Akkorden gearbeitet hätten, hätten sie sich der beharrlichen Arbeitsverweigerung schuldig gemacht. Die Kläger bestritten, daß eine Abänderungskündigung überhaupt möglich sei. Jede Kündigung führe zur Lösung des Arbeitsvertrages, wenn die mit der Kündigung angebotenen neuen Arbeitsbedingungen nicht angenommen würden. Zur Annahme der neu angebotenen Bedingungen sei aber kein Belegschaftsangehöriger verpflichtet gewesen. Die Kündigung gegenüber den Betriebsratsmitgliedern sei außerdem ohne Wirksamkeit, da sie der Zulassung nach § 96 des Betriebsrätegesetzes mangele. Aus dem Tarifvertrag der Nordwestlichen Gruppe ließe sich auch nicht das Recht herleiten, Akkorde einseitig festzusetzen. Der Tarifvertrag schreibe sowohl für die Vereinbarung neuer Akkorde wie für die Abänderung bestehender Akkorde ausdrücklich vor, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eine Vereinbarung erfolgen müsse. Das Landesarbeitsgericht wies nach längerer Beratung die Berufung der Beklagten zurück.

Das Arbeitsverhältnis zwischen den Klägern und den Beklagten sei nicht als gelöst anzusehen. Es könne nach dem Rahmentarifvertrag keine Rede davon sein, daß der Arbeitgeber die Berechtigung habe, Akkorde einseitig festzusetzen. Für die Neuregelung der Akkorde sei deren Vereinbarung ausdrücklich vorgeschrieben. Die gleichen Vorschriften bestünden für die Aenderung von Akkorden und wenn es im Tarifvertrag weiter heißt, daß mangels einer Vereinbarung die Aenderung erst nach Ablauf der Kündigungsfrist eintreten kann, so bedeutet das, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter kündigen kann und ihm neue Arbeitsbedingungen anzubieten vermöchte, es liegt aber im Ermessen des Arbeiters, ob er diese neuen Bedingungen annehme oder nicht. Für Betriebsratsmitglieder bedürfe die Kündigung der Zustimmung, die in diesem Falle fehlte, so daß sie rechtlich unwirksam war. Es kann daher von einer beharrlichen Arbeitsverweigerung nicht die Rede sein. Eine solche kann auch in dem von der Beklagten gerügten Verhalten der Kläger am 1. Juli nicht gefunden werden, selbst wenn man annehme, daß die Kläger am 1. Juli zur Aufnahme und Fortsetzung der Arbeit aufgefordert seien. Es sei ihnen jedoch nicht gesagt worden, zu welchen Bedingungen diese Fortsetzung vorsichgehen sollte.

In dem Schadenersatz-Prozeß der Nordwestlichen Gruppe gegen den Deutschen Metallarbeiterverband stützt die Nordwestliche Gruppe ihren Anspruch in erster Linie darauf, daß die Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit verpflichtet gewesen seien, da laut Tarifvertrag der Arbeitgeber das Recht zur einseitigen Festsetzung der Akkorde habe. Es hätte deswegen nicht zur Arbeitseinstellung kommen dürfen. Dadurch, daß der Deutsche Metallarbeiterverband die ausständigen Arbeiter moralisch und finanziell unterstützt hatte, habe er seine Friedenspflicht aus dem Tarifvertrag verletzt. **Dieses wichtigste Argument der Nordwestlichen Gruppe gegen den Deutschen Metallarbeiterverband ist durch die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts zu Dortmund zurückgewiesen worden.** Insoweit kommt diesem Urteil eine Bedeutung über den eigentlichen Prozeß hinaus zu.

Wie wir aus Kreisen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hören, schweben bei verschiedenen Arbeitsgerichten noch ähnliche Klagen in Verfolg der Akkordabbau-Aktionen der Nordwestlichen Gruppe entlassener Betriebsräte. Auch für diese Prozesse dürfte das Urteil des Landesarbeitsgerichts in Dortmund richtunggebend sein. Das Landesarbeitsgericht hat über sein Urteil Revision zugelassen. Es ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Angelegenheit noch das Reichsarbeitsgericht beschäftigen wird.

Die Auswirkung der Zementpreisfenkung

Die in den letzten Wochen bei sämtlichen Zementverbänden durchgeführte Preissenkung war in ihrer prozentualen Auswirkung aus den verbandsseitigen Mitteilungen nicht ohne weiteres erkennbar. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung, die uns von beteiligter Seite zugestellt wurde, ist ersichtlich, welches Ausmaß diese Preissenkungen, die als Durchschnittsermäßigungen für die wichtigsten Verbrauchsarten der einzelnen Verbände errechnet sind, seit Beginn dieses Jahres erreicht haben:

	Syndikatsmarke	Fabrikmarke
Norddeutscher Zementverband	16 %	6 %
Süddeutscher Zementverband	—	12 %
Westdeutscher Zementverband	16 %	10 %
Hüttenzement-Verband	—	13,5 %

Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß die Zementindustrie der allgemeinen Preisabbaubewegung, die einem größeren Ausmaß entsprochen hat, als dies bei den meisten anderen Industrieerzeugnissen, insbesondere soweit sie aus inländischen Rohstoffen bestehen, der Fall ist.

Abschlüsse

Neuwalzwerk A.-G., Bösperde. — Dividendenausfall. 8 Proz. Dividende. Der Aufsichtsratssitzung lag der Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30 vor. Es wurde festgestellt, daß die Bilanz des Unternehmens liquide ist und beschlossen, der auf den 11. November einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, den Gewinn zu den gewohnten Abschreibungen zu benutzen und nach Verteilung der satzungsgemäßen Dividende von 8 Prozent auf 44 000 Mk. Vorzugsaktien den Rest von 4884 Mk. vorzutragen. Die 1,76 Mill. Mk. Stammaktien, die im Vorjahre aus einem Reingewinn von 99 059 Mk. 5 Prozent Dividende erhielten, gehen in diesem Jahre leer aus.

Stadtberger Hütte A.-G., Niedermarsberg. Die Gesellschaft beruft auf den 31. 10. ihre ordentliche Hauptversammlung ein, der der Abschluß für das Geschäftsjahr 1929/30 vorgelegt wird. Auf der Tagesordnung einer im Anschluß daran stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung steht die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft zur Beschlußfassung. Es ist bekanntlich die Gründung einer G. m. b. H. beabsichtigt, die die Hauptaktivwerte der Stadtberger Hütte übernehmen und dafür einen Betrag zahlen soll, der die Auszahlung von mindestens 50 Proz. des Nennwertes der Stadtberger Hütte-Aktien gewährleisten soll. Die jetzigen Aktionäre werden an der neuen G. m. b. H. nicht beteiligt sein.

Teures Geld für Gemeinden

A.-G. für wirtschaftliche Unternehmungen des Ennepe-Ruhr-Kreises, Gevelsberg.

Die kürzlich mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark gegründete Gesellschaft, die die Strom-, Gas-, Wasserversorgungs- und Verkehrsunternehmungen zusammenfaßt, hat in Paris eine Anleihe von 6 Millionen Mark zu 7½ Prozent verzinslich mit einer Laufzeit von 30 Jahren aufgenommen.

Belegschaftsverminderung bei der Fried. Krupp A.-G., Essen

Nachdem es der Fried. Krupp A.-G. trotz der schlechten Wirtschaftslage noch möglich gewesen ist, die Belegschaft der Gußstahlfabrik in den letzten Monaten, wenn auch vielfach mit Kurzarbeit, weiterzubeschäftigen, hat sich die Absatzkrisis in letzter Zeit derart verschärft, daß nunmehr auch hier weitere Entlassungen unvermeidbar geworden sind. Die Verwaltung hat dem Regierungspräsidenten die Notwendigkeit der Entlassung von 2500 Arbeitern und Angestellten ihrer Essener Betriebe angezeigt. Die Entlassungen sollen in vier Wochen zur Ausführung kommen, falls bis dahin keine Besserung im Auftragseingang eingetreten ist.

Unterhaltung und Wissen

Er mordete einen Unschuldigen und versuchte sich herauszulügen

Fememörder Heines als MdR.

Dem Buch von E. J. Gumbel „Verräter verfallen der Feme" entnehmen wir folgende auf die Akten gestützte Darstellung:

Auf den Gütern Stecklin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenhagen kommandierte im Juli 1920 als besonderer Vertrauensmann Roßbachs der 22jährige Leutnant Edmund Heines, der gegen die bayerische Räterepublik, im Baltikum und im Kapp-Putsch gekämpft hatte. In der Arbeitsgemeinschaft Stecklin befand sich seit 14 Tagen der zwanzigjährige landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt. An einem nicht mehr festzustellenden Tag des Juli 1920 erschien der Vertrauensmann der Steckliner Gruppe, Unteroffizier Max Krüger, auf dem Gute Rosenfeld und meldete dem Heines,

Schmidt wolle die Arbeit niederlegen.

Man erzählte sich von ihm im Dorf, er wolle (!) einen Transport von Reichswehrwaffen, der offiziell an das Reiterregiment in Schwedt bestimmt war, tatsächlich aber zu den Roßbachern nach Rosenfelde ging, an die Schutzpolizei verraten (die preußische staatliche Schutzpolizei! Red. d. „V."). Dieses vage Gerücht, das nur 6 Stunden umlief, war die Grundlage für ein „Todesurteil". Schmidt hatte sich zu einer Familie Walter im Dorf Stecklin begeben. Heines, zusammen mit Max Bandemer, Johann Vogt und Karl Ottow, suchten ihn auf. Sie stellten sich als Kriminalbeamte vor und fanden ihn auf dem Heuboden schon schlafend. Aengstlich fragte Schmidt, was man von ihm wolle. „Du sollst nur verhört werden." Zunächst transportierte man ihn nach dem Gute Stecklin. Der Unteroffizier Ottow schlug ihn dort mit einem Gummiknüppel über den Kopf, so daß Schmidt blutüberströmt zusammenbrach. Auf sein Flehen gab man ihm Wasser, seine Wunden zu reinigen, und Leinen, um sie zu verbinden. Auf einem Feldwagen wurde er nach Rosenfelde transportiert. Dort meldete Heines dem Ortsvorsteher und Administrator Ernst Bergfeld, Schmidt sei da. Dieser gab darauf den Schlüssel zur Spatenkammer heraus. Angeblich glaubte er, verborgene Waffen sollten umgebettet werden. Doch wurde, nach Vogt, im Zimmer über die Erschießung verhandelt. In dunkler Nacht ging der Trupp zum Walde. Man begann ein Loch zu graben, denn Schmidt sollte hier schon erledigt werden. Da der Boden zu hart und das Dorf zu nahe war, ging man weiter zum Gut Liebenow. Dort wurden die Roßbach-Unteroffiziere Kurt Bär und Ewald Fräbel mitgenommen. Schmidt schrie wiederholt: „Ich soll erschossen werden!" Fräbel beruhigte ihn: „Du wirst nur abgeliefert." Zu Fuß ging es weiter in den Kehrberger Forst hinein.

Während des Marsches befahl Heines dem Bär, den Schmidt zu erschießen. Als dieser sich weigerte, preßte Heines dem Schmidt die Pistole ins Gesicht und drückte zweimal los. Schmidt fiel hintenüber.

Darauf gab auch Ottow zwei Schüsse auf ihn ab. Da Schmidt noch um Hilfe schrie, drückten alle Beteiligten sein Gesicht in den Waldboden. Ottow schlug ihm einen eisenbeschlagenen Gummiknüppel etwa zehnmal auf den Schädel und trat ihm auf den Rücken, Fräbel trat auf den Hinterkopf. Die Leiche wurde in ein Loch gelegt, das Bär inzwischen gegraben hatte.

Wenige Tage nach dem Morde meldete Heines telephonisch seinem Führer Roßbach, daß er einem erhaltenen Befehl seines vorgesetzten Kreisleiters, Leutnant a. D. Walter Schulz, gemäß den Schmidt, der Waffen habe verraten wollen (!), verhaftet habe.

Auf dem Wege durch den dunklen Kehrberger Forst habe der Arrestant Anstalt gemacht, zu fliehen. Daraufhin habe er, Heines, ihn niederschießen müssen.

Roßbach genügte diese Meldung. Da die Leiche nur schlecht eingegraben war und sich das Gerücht von der Ermordung verbreitet hatte, wurde in einer Versammlung der Roßbach-Leiter und -Vertrauensleute in Pyritz Auftrag gegeben, die Leiche umzubetten. Dies geschah unter Leitung von Heines.

Der Mord wurde erst nach Jahren entdeckt: ein Mitwisser, der Arbeiter Bathke, versuchte, Bergfeld zu erpressen. Dieser fühlte sich so sicher, daß er Bathke anzeigte, worauf dieser alles der Polizei meldete. Sämtliche Beteiligten, auch Heines, der inzwischen in München Jurisprudenz studierte und in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle gespielt hatte, konnten verhaftet werden. Vom 16. April bis 5. Mai 1928 wurde vor dem Schwurgericht in Stettin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hirschberg (Oberstaatsanwalt Saß) wegen Mordes verhandelt. Die Aussagen der Angeklagten über die Vorgänge im Wald gingen auseinander.

Heines erklärte, Schmidt habe fliehen wollen,

wovon in der Voruntersuchung nie die Rede gewesen war. Die Spaten seien nur zum Umbetten von Waffen mitgenommen worden. Irgendein Nachweis für den angeblich beabsichtigten „Verrat" des Schmidt konnte nicht geführt werden. Heines wollte dies von dem Roßbacher Just erfahren haben, einem „Spezialisten für Verrätersachen", der später selbst unter geheimnisvollen Umständen umkam. Bär will nur aus Angst mitgemacht haben. Denn bei den Roßbachern sei immer vom „Spazierenfahren" die Rede gewesen. Fräbel war geständig. Leutnant Schulz, als Zeuge vernommen, will die Angelegenheit nicht gekannt, Bergfeld nur von der späteren Umbettung gewußt haben.

Staatsanwaltschaftsrat Frantzky beantragte wegen Mord gegen Ottow und Heines die Todesstrafe, wegen Beihilfe zum Mord gegen Fräbel und Bergfeld je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Krüger, Bär, Bandemer und Vogt 3 Jahre Zuchthaus. Gegen die Hintermänner Frhr. von Bodungen und Roßbach könne wegen Verjährung nichts mehr unternommen werden.

Das Gericht kam zum Schluß, nicht der Schimmer eines Beweises für Schmidts „Schuld" sei erbracht worden.

Es nahm an, daß Heines ursprünglich mit Vorbedacht und Ueberlegung handelte, weil er die Spaten mitgenommen hatte. Während des Grabens in Rosenfelde habe er die Absicht zum Mord aber aufgegeben und Schmidt dann nur im Affekt umgebracht. So wurde nur wegen Totschlags Heines zu 15 Jahren Zuchthaus, Ottow zu 4 Jahren Zuchthaus, Fräbel wegen Beihilfe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt; Bär, Vogt, Bandemer, Krüger und Bergfeld wurden freigesprochen, die letzten vier, weil sie nicht an dieser Tat, sondern nur an den straflosen Vorbereitungshandlungen zu einer anderen, nicht ausgeführten Tat teilgenommen hätten. Oberstaatsanwalt und Verteidigung legten Revision ein.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hob auch dieses milde Urteil am 6. Dezember 1928 auf, weil gegen einen der Geschworenen zur Zeit des Prozesses ein Verfahren wegen Betruges geschwebt hatte. So gelangte das Verfahren wieder an das Schwurgericht zurück. Die Verhandlung unter dem Landgerichtsdirektor Hoffmann fand vom 25. Februar bis 13. März 1929 statt. Krüger war unterdessen wegen eines gemeinen Totschlags, begangen an einer alten Frau, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bergfeld starb während des Prozesses.

Der Oberstaatsanwalt Saß unterstellte als wahr, daß Heines keine Bedenken gehabt hat, dem Geheimbefehl Roßbachs Folge zu leisten, wonach die Geheimhaltung mit allen Mitteln zu erstreben war. Die Konsequenz einer Anklage gegen den „Zeugen" Roßbach aber hat er nicht gezogen. Er beantragte gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe hierzu 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger wegen des gleichen Verbrechens je 3 Jahre Zuchthaus. Jedoch solle nur gegen Heines Haftbefehl erlassen werden. Das Gericht nahm wieder Mordplan und Totschlagsdelikt an, setzte die Strafen herab und verurteilte Heines zu 5 Jahren Gefängnis, Ottow zu 2½ Jahren, Fräbel und Bär zu 6 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe. Krüger, Bandemer und Vogt wurden freigesprochen.

Heines hat kaum 1½ Jahre im Gefängnis gesessen.

Die Verteidiger legten zum zweitenmal Revision beim Reichsgericht ein. Auf Beschluß des Strafsenats beim Oberlandesgericht Stettin wurde Heines am 14. Mai 1929 gegen eine Kaution von 5000 M. aus der Haft entlassen.

Soweit die aktenmäßige Darstellung. Heines hat einen vollkommen unschuldigen Menschen, der in dem „Verdacht" stand, er wolle ein Waffenlager der zuständigen Behörde verraten, kaltblütig abgeschlachtet und dann gelogen, der Ermordete sei „auf der Flucht erschossen worden". Heute ist Heines Reichstagsabgeordneter!

Lebenszähigkeit der Bazillen

Bei einer kürzlich in der dänischen Stadt Aarhus ausgebrochenen Paratyphusepidemie hatte man wieder einmal Gelegenheit, die Lebenszähigkeit und dadurch besonders große Gefährlichkeit von Bazillen für die Volksgesundheit beobachten zu können. Als Ursache dieser Epidemie erwies sich, wie das staatliche Seruminstitut in Kopenhagen mitteilte, Fleisch, das als fertiges Füllsel mit Zutaten verkauft und zu Frikadellen verarbeitet worden war. Dabei konnte bei den vorgenommenen Untersuchungen die interessante und wertvolle Feststellung gemacht werden, daß selbst 10 Minuten langes Braten nicht ausreichte, um die in den Frikadellen enthaltenen Paratypusbazillen abzutöten.

Hund oder Katze?

Viele Leute haben heute Hunde.
Wer ein' Hund hat, ist nie ganz allein.
Außerdem kann man dadurch im Grunde
Gegen Diebe meistens sicher sein.
Hunde halten wäre gar nicht teuer,
Denn sie fressen, was man übrig läßt.
Aber Hunde kosten heute Steuer,
Und dagegen hilft mal kein Protest.
Außerdem ist's in der Stadt verboten,
Daß ein Hund noch ohne Maulkorb läuft,
Weil er sonst vielleicht am Markt die Schoten
Frißt und gar noch frische Eier säuft.
Demnach zügelt man dem Hund die Beine
Und verbietet ihm so die Natur.
Ausgang hat ein Hund nur an der Leine,
Daß er Achtung hab' vor der Kultur.
Viele Leute halten lieber Katzen.
Eine Katze kostet gar kein Geld.
Auch zu ihnen kann man schmeichelnd schwatzen,
Ohne daß man laut wird angebellt.
Katzen haben Ausgang wann sie wollen,
Und sie wollen meistens in der Nacht,
Stehen noch nicht unter den Kontrollen,
Die man über freie Liebe macht.
Viele Leute sind sich noch nicht schlüssig,
Ob nun Katze oder Hund bequem.
Im Effekt sind beide überflüssig
Und im Stadtbild ständig ein Problem.

Kurt Reiss.



Nachdruck verboten. (64. Fortsetzung.)

Und nun sah Kaspar Dreis auf einmal, daß es Vorfrühling war, schon ein schöner, wärmlicher Tag, obgleich der Februar noch zwei Tage bis zu seinem Ende hatte. Am Chausseerand sproßte junges Gras und roch lieblich, ein paar verfrühte Bienen summten, und man hörte das erste Amsellied. Wie Frühlingshoffnung lag es über der Natur, und auch der junge Winzer spürte plötzlich, daß er noch jung genug war, um den Kampf ums Dasein weiter aufzunehmen, daß er noch nicht so verbraucht war, wie der soviel Aeltere neben ihm. Wenn die Maria seine Frau wurde, würde er es schon fertig bringen, daß sie nicht zu hungern brauchte. Aber das Kind, das Kind?! Nun, das auch nicht. Was kann so ein Würmchen dafür, daß sein Vater sich nicht mehr um es bekümmert! Das Kind brauchte es nachmals gar nie zu wissen, daß er nicht sein Vater war. Es konnte aufwachsen wie die eigenen Dreiskinder auch. Leise fing der junge Winzer an vor sich hin zu pfeifen; er wußte nicht, daß er pfiff, seine Gedanken gingen andere Wege als den, der vor ihm lag. Es war ihm dann ein unsanftes Wecken, als er den Bremm jetzt sagen hörte: „Da steht der Zug schon!"

Sie kamen gerade noch zurecht, der Zugführer wartete noch ein bißchen. Es stiegen nicht viele ein, es war von hier noch ziemlich weitab, die Bahn kostete Geld, und das hatte man nicht. Bremm hatte auch das unter anderem vorgeschoben, als er nicht mit wollte, aber der Dreis hatte gesagt: „Et is ganz egal, wer et bezahlt, Ihr oder ich. Tut mir die Lieb, fahrt diesmal mit mir!"

Wer sonst von Porten und Munden aus zur Versammlung wollte, der hatte schon in erster Morgenfrühe abmarschieren müssen, wenn er zum Mittag am Platz sein wollte. Sie sahen noch niemand Bekanntes. Gemächlich fuhr der Zug, vorsichtig, es schwankte mächtig, vom Hochwasser her waren manche Stellen noch schwer zu passieren, seit kurzem war die überschwemmt gewesene Strecke wieder frei und gefahrlos. Immer dicht neben der Mosel her fuhr der Zug, er hielt an jeder kleinen Station. Der Stationen waren viele, und an allen standen jetzt Menschen, die mit wollten. Und was alles den Weg zu Fuß machte! Aus dem Fenster blickend, sahen sie auf der Chaussee, die neben der Bahn entlang läuft, wie einen sich krümmenden endlosen Wurm die Scharen unten an den Weinbergen vorbei sich winden. Es waren auch manche auf Rädern dabei, die hatten alle hinten noch einen aufhucken.

Zell, Briedel, Pünderich, Burg, Enkirch, Traben-Trabach, Wolf, Crön, Loesenich, Erden, Uerzig, Rachtig, Zeltingen, Graach. Je näher sie Bernkastel kamen, desto mehr Menschen. Bittgänger, Wallfahrer, Prozessionen? Die singen und beten, aber die hier sind stumm.

Immer zwei und zwei gehen sie, ohne ein Lied, ohne miteinander zu sprechen, sie gehen mit gesenkten Köpfen still und traurig — ein Totengeleit, ein nicht endender Trauerzug.

Allen voran weht eine Fahne. Der Tag ist jetzt plötzlich trüb und grau, vom Fluß weht es kühl, die Fahne flattert im Winde. Und an ihr ein Trauerflor. Die Winzerfahne, die schwarze Winzerfahne!

„Die Weinbauern
müssen trauern."

Die Vorfahren haben die schwarze Fahne einstens gesehen, sie sind ihr gefolgt, von denen, die heute hinter ihr herziehen, sah sie noch keiner. Aber sie ist noch immer da, sie hat nur so lange versteckt ruhen dürfen, jetzt aber ist sie hervorgeholt, ein Zeichen der Zeit, eine Flagge, in höchster Not gehißt, eine Fahne, die aufruft in letzter Verzweiflung.

„Laßt uns aussteigen!" Der junge Winzer war plötzlich zur traurigen Wahrheit des Tages ernüchtert — fort alle Träume — es erzitterte etwas in ihm bei dem Anblick. „Wir wollen auch hinterher gehen!"

Sie schlossen sich an. Hinter ihnen blieb Graach zurück, vor wenig Jahren noch ein belebter Weinplatz, jetzt so verödet, so leblos, als wüchse hier nicht das „Himmelreich". Vor ihnen schlorrte einer, den Rücken gebeugt, er kam kaum mehr voran. Kaspar erkannte ihn: Es war der Alte, den er letzthin nach der Versammlung gesprochen hatte. Der erschien ihm heute noch älter — „Fünfundsiebenzig, viel böse Zeit, so bös wie jetzt war noch keine" — ob der heute noch sagen würde: „Gott sei gedankt, nu wird et ja besser?!" Heute war der Greis nicht mehr allein, er mußte sich führen lassen.

„Seht mal den", flüsterte Kaspar Simon Bremm zu und winkte mit den Augen auf den vor ihnen. „Selbst der macht sich auf, mit einem Fuß schon im Grab!"

Bremm nickte stumm, sein Gesicht war sehr finster. Es war etwas zum Fürchten in seiner Miene. —

Nun waren sie am „Gestade". Die Uferstraße war von Menschen ganz schwarz. Und über die Brücke von Cues, am Heiligen vorbei, kam es auch schwarz — Menschen, Menschen, Menschen, die Winzer von Machern und Wehlen, von Lieser und Noviand, von Monzel und Kesten zogen vorüber. Alle kamen, alle, einmütig, wie sie einst in den Krieg gezogen waren, auch heute einmütig; aber heute waren sie trauriger.

Und es lag wie Trauer auch in der Luft, sie war schwer, es atmete sich beklommen. Unter der Landshut, der mächtigen Ruine, die über dem alten Bernkastel thront, war eine Strecke im obersten Weinberg abgerutscht, das stimmte heute auch traurig. War denn der Himmel selbst nicht mehr für seine Weinberge? Warum hatte er die köstliche Lage hier nicht verschont?!

Für vier Uhr nachmittags war die Versammlung angesetzt, noch war es nicht so weit, die Abgeordneten waren noch gar nicht da, keiner von den Rednern zur Stelle — was sollte man so lange nun machen? Man stand wartend umher in kleinen und größeren Gruppen, ging planlos zum Marktplatz hin und kam wieder zurück, man hatte ja kein Geld, in den Läden etwas zu kaufen, nicht einmal ein paar Groschen, um in eine Wirtschaft zu gehen. Immer wieder fand man sich beim Denkmal für die Gefallenen ein, das auf dem Platz vorm Landratsamt steht, und zwischen der jetzt noch nicht begrünten Baumreihe durch, von wo man frei und weit hinausblicken kann auf die Mosel.

Und von hier sah man auch aufs Finanzamt. Aha, da stand es ja, ganz nah, der verhaßte Bau, der sich, fast rund wie ein Turm, wie eine Zwingburg, dem Landratsamt schrägüber an der Ecke vorschiebt. Das sollte der Teufel holen, dieses Raubrittterschloß, dieses verfluchte Nest, in dem soviel Unheil ausgebrütet wurde! Sie kannten es alle, dieses leidige Finanzamt, zu dem sie so oft schon gelaufen waren, um Aufschub zu erbitten, und das doch ihre paar letzten Groschen verschluckt hatte. Ach, man konnte leider weiter nichts tun, als das verwünschen. Heute hatte man die Muße dazu, man stand und starrte es an, vorwurfsvoll, böse, mehr als böse: erbittert. Daß doch von der Landshut da oben der ganze Berg abrutschte und es verschüttete! Wenn die Mosel es beim Hochwasser so überschwemmt hätte, daß all die Akten, die Schuldbriefe, die Steuerzettel, all das verfluchte Beschreibsel der Fluß hinuntergeschwemmt worden wäre auf Nimmerwiedersehen, welch ein Glück!

(Fortsetzung folgt.)

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung, Filialkassierer!

Die Abrechnung der 5 Prozent Beiträge muß unbedingt bis zum 15. dieses Monats erfolgen.

Ortsgruppe Bulmke.

Samstag, den 11. dieses Monats, um 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Dehring (Hof). Tagesordnung: Organisationsfragen (Ergänzungswahlen), politische Aussprache. Um 19.30 Uhr, im selben Lokal: Vorstandssitzung. Es wird ein pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder erwartet, da die organisatorischen Fragen vorher durchgesprochen werden müssen. Der Abend wird mit einem geselligen Teil geschlossen.

KINDERFREUNDE

Achtung! Rote Falken Gelsenkirchen!

Diejenigen Falken über 11 Jahre, die Interesse haben, sich dem Bewegungschor, den die Genossin Maria Fuhrmann, Essen, einstudiert, anzuschließen, treffen sich heute abend um 7 Uhr am August-Bebel-Haus. Die Probe beginnt um 19.30 Uhr im Turnsaal des Lyzeums, Rotthauser Straße.

Gruppe Bismarck Ost und West.

Heute nachmittag um 3 Uhr in der Gneisenauschule: Zusammenkunft der Roten Falken. Seid alle pünktlich zur Stelle!

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Reichsbanner Buer!

Großer Aufmarsch in Herne.

Wir nehmen am Sonntag, dem 12. Oktober, geschlossen an dem Aufmarsch teil und erwarten restlose Beteiligung. Treffpunkt der gesamten Ortsgruppe 13 Uhr bei Grünewald. Der Preis beträgt für Hin- und Rückfahrt 50 Pf.

Die Kameraden, die per Rad fahren, müssen eine Lanze mitbringen und treffen sich ebenfalls um 13 Uhr bei Grünewald.

Sämtliche Schutzsportler erwarten die Ortsgruppe um 14.30 Uhr am Bahnhof in Herne.

Die Zeit ist ernst, darum fehle niemand!

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport, Horst-E.

Die Schutzsportabteilung nimmt am Sonntag, dem 12. dieses Monats, geschlossen am Kampfaufmarsch in Herne teil. Treffpunkt 2 Uhr am Bahnhof Horst Süd. Von dort Abfahrt per Auto. Preis für die Fahrt 20 Pfennig. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Arbeiter-Samariter-Kolonne, Gelsenkirchen-Buer.

Achtung! Abteilungstechniker!

Am Sonntag, dem 12. Oktober 1930, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus in Buer eine wichtige Technikersitzung statt. — Tagesordnung: 1. Unsere nächste Kolonnenübung; 2. Beginn der Winterkurse; 3. technische Angelegenheiten.

Zu dieser Sitzung muß jeder Techniker erscheinen!

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Buer.

Am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9.30 Uhr, im Volkshaus in Buer: Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Gewerkschaftliches

Zentralverband der Steinarbeiter, Filiale Gelsenkirchen.

Achtung! Steinarbeiter!

Samstag, den 11. dieses Monats, um 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

* * *

Achtung! Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Ueckendorf.

Am Samstag, dem 11. dieses Monats, abends nicht um 18 Uhr, sondern um 19.30 Uhr, findet im Saale Serres, Bülowstraße, eine wichtige

Versammlung für den Bezirk Ueckendorf

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vortrag über die Unfallversicherung (Kollege Fricke).
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen aus dem genannten Bezirk wird erwartet. **Die Verbandsleitung.**

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen.

Wir weisen noch einmal besonders darauf hin, daß wir die Probe des gemischten Chors, wie gewöhnlich, am Freitagabend in der Aula des Realgymnasiums, Hochstraße, abhalten. Die Frauen treffen sich um 19.30 Uhr, die Männer um 20.30 Uhr. Die Kinderchorprobe findet um 17 Uhr im Gewerkschaftshaus, Essener Straße, statt.

Arbeiter-Schach

Spielgelegenheiten:

Gelsenkirchen: Mittwochs ab 20 Uhr: Gewerkschaftshaus, Freitags ab 20 Uhr: Volkshaus. — Buer-Mitte: Mittwochs ab 19 Uhr, Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Lindenhof. — Hassel: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Grümer. — Erle: Sonntags ab 14 Uhr: Restaurant Matheis. — Resse: Sonntags ab 10 Uhr: Restaurant Romerswinkel. — Scholven: Mittwochs ab 19 Uhr und Sonntags ab 10 Uhr: Rest. Müller. — Alle diese Spiele betreffenden Mitteilungen sind zu richten an: Hans Franzen, Gelsenkirchen, Wanner Straße 43.

Partie Nr. 29.

Sizilianische Partie.

(Korrespondenzpartie.)

Weiß: Korn, Coburg (Bayern). Schwarz: Schröter, Gelsenk.

1.	e2—e4	c7—c5
2.	b2—b4?	— — —

Diese Fortsetzung ist schon recht alt und längst überholt. Schwarz kann jetzt folgendermaßen fortsetzen: c5+b4; 3. a3, d5!; 4. e+d5, D+d5; 5. Lb2, e5 mit guten Entwicklungsmöglichkeiten.

2.	— — —	e7—e6?

Sollte dieses alte Gambit dem Spieler der schwarzen Steine noch neu sein? Es bringt allerdings den Weißen vollständig aus dem Konzept, der jetzt mit b+c5, L+c5, d4! in Vorteil kommen konnte.

3.	c2—c3	c5+b4
4.	c3—c4!	Sb8—c6
5.	b2—b4	g7—g6?

Die Flankierungsabsicht ist in dieser Stellung nicht gut. Selbst, wenn man davon absieht, daß der Lf8 zum Schutz des Bb4 besser auf der jetzigen Schräge verbliebe, könnte die Diagonale a3—f8, mit dem weißen Läufer besetzt, dem Schwarzen recht lästig werden.

6.	Sg1—f3	b7—b6?
7.	a2—a3	b4+a3
8.	Sb1+a3	— — —

Besser war La3.

8.	— — —	Lf8—b4+?

Warum das? Wollte er dem Weißen beweisen, daß sein 5. Zug schlecht ist?

9.	Lc1—b2	Sg8—e7
10.	Sa3—b5	Lb4+b2+
11.	Dd1+b2	0—0?

Hier mußte schon d6 geschehen. Nun setzt sich der Springer unheimlich schnell auf d6 fest und lähmt das ganze Spiel.

12.	Sb5—d6!	a7—a5??

Schachblindheit! Kg7 mußte geschehen. Nun beendet Weiß die Partie in wenigen logischen Zügen.

13.	Dd2—h6!!	f7—f6

Wegen Sg5!

14.	h2—h4!	— — —

Glänzend. Jetzt muß Schwarz schon zum Erfinder werden.

14.	— — —	Kg8—h8
15.	Sf3—g5!!	

Und Schwarz gab auf. Wir haben von dem Gelsenkirchener schon Besseres gesehen. Sollte er den unbekannten Gegner als Großmeister angesehen haben? Anders ist sein zahmes Spiel kaum zu erklären.

*

Gelsenkirchen (A-Klasse) — Hamborn (A-Klasse) 2½ : 4½ (3 Hängepartien).

In der 5. Runde der Bezirksmeisterschaft hat auch Gelsenkirchen seinen Bezwinger gefunden; denn nach Erledigung der Hängepartien dürfte ein Sieg von 6 : 4 für Hamborn herauskommen. Es war ein schweres und zähes Ringen um die Führung, und nach vierstündiger Spielzeit gab es noch drei Hängepartien. Die Resultate an den einzelnen Brettern waren folgende:

Gelsenkirchen: — Hamborn:

Brett 1: Stein — Nodes abgebrochen.
Brett 2: Franzen — Geisler 0 : 1.
Brett 3: Platzek — Bygai abgebrochen.
Brett 4: Schröter — Grünthal abgebrochen.
Brett 5: Müller — Senker 0 : 1.
Brett 6: Sincowec — Flechsig ½ : ½.
Brett 7: Beine — Naar 0 : 1.
Brett 8: Bischof — Blanke ½ : ½.
Brett 9: Besching — Kaupen ½ : ½.
Brett 10: Schemberg — Zilles 1 : 0.

Gelsenkirchen (B-Klasse) — Hamborn (B-Klasse) 4½ : 5½.

Auch die B-Klasse der Gelsenkirchener konnte trotz energischer Gegenwehr nicht standhalten und mußte sich sehr knapp geschlagen bekennen.

Gelsenkirchen: — Hamborn:

Brett 1: Mawick jun. — Hinz 1 : 0.
Brett 2: Smodilla — Schäfer 0 : 1.
Brett 3: Badechla — Philippi ½ : ½.
Brett 4: Hammerschmidt — Speer 0 : 1.
Brett 5: Wicok — Norek 0 : 1.
Brett 6: Waklawik — Niebrina 1 : 0.
Brett 7: Kiesewetter — Wollnik 1 : 0.
Brett 8: Turek — Jurkowitz 0 : 1.
Brett 9: Mawick sen. — Pfeifer 1 : 0.
Brett 10: Siewek — Göbel 0 : 1.

Gelsenkirchen (C-Klasse) — Hamborn (C-Klasse) 7 : 3.

Die C-Klasse konnte eine Gesamtniederlage aufhalten, indem sie die 3. Mannschaft der Hamborner sicher schlug.

Gelsenkirchen: — Hamborn:

Brett 1: Rehberg — Kriegel 1 : 0.
Brett 2: Pasternak — Stiller 0 : 1.
Brett 3: Wodke — Hocker 1 : 0.
Brett 4: Modrzewski — Küstenbauer 0 : 1.
Brett 5: Pienkowski — Szeligy 1 : 0.
Brett 6: Dettmer — Fuchs 1 : 0.
Brett 7: Pawlak — Teschke P. 1 : 0.
Brett 8: Wanjek — Scholz 1 : 0.
Brett 9: Schwarz — Teschke N. 0 : 1.
Brett 10: Kroll — Biesemann 1 : 0.

*

Arbeiter-Schachvereinigung, Groß-Gelsenkirchen.

Am kommenden Sonntag findet um 3 Uhr nachmittags im Volkshaus Buer die Generalversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

*

Weitere Resultate um die Bezirksmeisterschaft.

A-Klasse:

Oberhausen — Mülheim 5 : 5.
Duisburg — Beek 5 : 4 (eine Hängepartie).

B-Klasse:

Bottrop — Duisburg 8½ : 1½.

C-Klasse:

Bottrop — Duisburg 5 : 5.

Gegenüber dem Rathaus **Buer** Telefon Nr. 308 55

Wir bringen Ihnen ab heute:

Marilyn Miller

in der 100% Farbentonfilm-Revue

„Cilly"

100% Farbe 100% Ton 100% Revue

Ein Film der mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen Dollar hergestellt wurde. Ein Revuefilm der in seiner Art vollendet ist.

Im Beiprogramm:

Räuber der Unterwelt

Ein Sensationsfilm aus dem wilden Westen.

Micky das Tonfilmwunder in

Micky im Hoftheater

Kulturfilm

Trotz der großen Unkosten, keine erhöhten Preise. Beachten Sie bitte unsere Preise bis 5 Uhr.

Parkett 50 Pf. Sperrsitz 75 Pf. Balkonloge 1.- Mk.

ARBEITER-SPORT

Weitere Resultate vom Sonntag

Schwarz-Weiß Rapen — Haltern.

Leider glänzten die Halterner wieder durch Abwesenheit. Der Bezirksausschuß wird hier wohl einmal nach dem rechten sehen müssen.

Datteln — Recklinghausen-Suderwich 1:2 (1:1).

Eigentümlich ist es, daß Platzvereine, wenn sie Punkte abgeben, es einfach nicht für nötig halten, die Resultate der Zentrale zu melden. Das wird demnächst anders werden, denn wofür sind denn die Meldezeiten festgesetzt, und wodurch wollen wir wirken, wenn wir die Bewegung vorwärtstreiben wollen. Also, Meldung erstatten, wenn es auch schwer fällt! Zum Spielverlauf folgendes: Sofort nach Anstoß brenzlige Momente vor dem Tor der Gäste. Datteln bekommt einen Elfer, der verwandelt wird. Doch nicht lange dauert es und Suderwich zieht durch den Halbrechten gleich. Im Verlaufe der weiteren Spielzeit bekommt Datteln wiederum einen Elfer zugesprochen, der aber verschossen wird. Nach der Halbzeit ein tolles Gedränge, im Uebereifer treten Mittelstürmer und der Halblinke den Ball, und das Siegestor für Recklinghausen ist gefallen. Datteln versucht den Ausgleich zu erzielen, doch Verteidigung und Torwart wissen, das Gehäuse reinzuhalten. Jetzt könnten eventuell durch die Niederlage der Dattelner Marl oder Essel für die zweite Stelle in Frage kommen, gesetzt der Fall, Essel sollte das Spiel gegen Suderwich am 12. Oktober gewinnen.

Jedenfalls bringen die Schlußkämpfe immer die spannendsten Spiele, zugleich aber auch Ueberraschungen, so daß wir noch auf allerhand gefaßt sein müssen, wenn die Spiele um die Bezirksmeisterschaft beginnen. Wer wird Bezirksmeister? Das ist heute eine der brennendsten Fragen des gesamten Bezirks.

Spielangebote.

Schwarz-Weiß Rapen sucht für Sonntag, den 12. Oktober, ein Spiel auf eigenem Platz. Eilangebote geben an den Genossen Alfred Hühnerlage, Rapen bei Erkenschwick, Moltkestraße 26, oder telefonisch unter Nummer 190, Amt Datteln.

Achtung! 13. Fußballbezirk! Achtung!

Den Vereinen des 13. Fußballbezirks, insbesonders der Wanner Gruppe, sei zur Klarstellung des Falles der Freien Turn- und Sportgemeinde Wanne mitgeteilt: Die Gerüchte, die in letzter Zeit über verschiedene Mitglieder des Vereins in Umlauf gesetzt wurden, entsprechen in keiner Weise der Wahrheit. Wir ersuchen die Vereinsleitungen, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sich diese in jeder Weise eines Kommentars enthalten. Im übrigen warnen wir die Vereine nochmals und verweisen dieselben auf die Bundessatzungen, § 12.

Der Bezirksausschuß.
J. A.: W. Schmidt Fr. Chudziak.

Arbeitersportkartell, Gelsenkirchen.

Sämtliche Arbeitersportler, soweit ihre Vereine dem Arbeitersportkartell angeschlossen sind, nehmen an den Proben des Bewegungschors, der aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Arbeitersportkartells am 6. Dezember aufgeführt werden soll, teil. Die Proben werden an den Freitagabenden jeder Woche, um 20 Uhr, in der Turnhalle des Lyzeums abgehalten.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Wir beteiligen uns an den oben angekündigten Proben des Bewegungschors in der Turnhalle des Lyzeums.

Freie Sportvereinigung Gelsenkirchen.

Am Samstag, dem 11. Oktober, abends 8 Uhr, findet unsere Quartalsversammlung im Gewerkschaftshause, Essener Straße, statt. Sämtliche Genossen und Genossinnen haben zu erscheinen.

„Ich hab' einen kleinen Mord begangen!"

Student Lüttgen zum zweiten Male vor den Geschworenen

München, 8. Okt. Keiner würde diesem jungen, hübschen Elegant, der aus sanft melancholischen Augen hilflos auf seine Richter schaut, auch nur im entferntesten die Fähigkeit zutrauen, Böses zu tun. Und doch . . . Dieser 25jährige Student, Jakob Lüttgen, hat ein schweres Blutverbrechen zu verantworten, das er mit einer Grausamkeit und einem Zynismus ausgeführt hat, wie es die Kriminalgeschichte der letzten Jahrzehnte nur selten aufweist.

Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, welch furchtbare Aufregung das Verbrechen dieses Angeklagten seinerzeit im ganzen Reich hervorgerufen hatte. Lüttgen, der Sohn eines rheinischen Fabrikbesitzers, hatte in der Nacht vom 20. zum 21. Dezember vorigen Jahres in der Maximbar am Stachus ein 19jähriges Mädchen kennengelernt, das einen ziemlich fragwürdigen Lebenswandel führte. Lüttgen trank mit dem Mädchen eine Flasche Wein und nahm sie gegen ¼4 Uhr morgens in sein Pensionszimmer in der Luisenstraße mit.

Aber schon nach kurzer Zeit erschien Lüttgen allein in einer Schnapsschenke, gesellte sich einem Mädchen zu und erzählte ihr bei einem Glas Himbeersoda, daß er soeben eine Frau ermordet habe. Lüttgen schilderte die Tat in all ihren Einzelheiten, aber das Mädchen glaubte, daß er sich mit ihr einen Scherz machen wollte, worauf Lüttgen sie einlud, zu ihm in sein Pensionszimmer zu kommen. Das Mädchen ging mit ihm in seine Wohnung und Lüttgen zeigte ihr kaltblütig die Leiche einer Frau. Entsetzt riß das Mädchen aus und verständigte sofort die Polizei. Lüttgen kehrte aber in aller Ruhe in die Schnapsschenke zurück, wo er von der Polizei verhaftet wurde. Dem vernehmenden Beamten erklärte er kaltblütig und so, als ob er von ganz Unwesentlichem erzählen würde: „Ich habe einen kleinen Mord begangen."

Die Leiche des Mädchens wurde in einem furchtbaren, geradezu grauenhaften Zustand aufgefunden. Sie hatte zwei Stiche in der Brust, der Hals zeigte tödliche Würgespuren, die Stirne wies eine schwere Schlagwunde auf. Bevor der Mörder das Zimmer verließ, legte er auf den toten Körper noch einen — Blumenstrauß.

Der erste Prozeß gegen Lüttgen, der am 14. Mai d. J. vor dem Münchener Schwurgericht durchgeführt wurde, mußte nach Vernehmung der Sachverständigen ausgesetzt werden, weil die Gutachten der Sachverständigen in schroffstem Gegensatz zueinander standen.

Das Schwurgericht hatte deshalb als Obergutachter Geheimrat Professor Dr. Bumke von der Universität München bestellt und die Verhandlung dürfte etwa drei Tage dauern.

Großfeuer in Hannover

Hannover, 9. Okt. Heute nacht gegen ½2 Uhr entstand in der Rohproduktengroßhandlung Barlsen im Norden der Stadt, wahrscheinlich durch Selbstentzündung, ein Brand, der infolge des heftigen Windes sehr rasch um sich griff und das ganze Gebäude in helle Flammen hüllte. Es brannten mehrere zu dem Betrieb gehörende Lager- und Arbeitshäuser, deren tragender Teil in Holz ausgeführt war. Ferner boten große Mengen aufgestapelter Lumpen und Papier dem Feuer reiche Nahrung, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die Feuerwehr, die mit allen verfügbaren Löschgeräten und Mannschaften den Kampf gegen das verheerende Element aufnahm, wurde in ihrer Arbeit durch die starke Rauchentwicklung schwer behindert. Zudem waren durch den starken Funkenflug die angrenzenden Gebäudeblocks, so eine Metallwarenfabrik und eine Eisengießerei, stark gefährdet. Die benachbarten Wohnhäuser mußten zum Teil geräumt werden. Durch Funkenflug entstanden mehrere Dachstuhlbrände, die jedoch bald gelöscht werden konnten. Der Brand wurde mit 18 Schlauchleitungen bekämpft. Nach etwa 2½stündiger Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr für eine weitere Ausbreitung des Feuers beseitigt. Zurzeit ist nur noch eine Brandwache auf der Brandstelle. Ein Feuerwehrmann wurde verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Entstehungsursache war bisher noch nicht zu ermitteln.

Drei Arbeiter vom Zuge überfahren

London, 9. Okt. An einem Bahnübergang bei Nottingham wurden gestern abend drei Arbeiter von einem Schnellzuge überfahren und sofort getötet.

Sturmwetter im Aermelkanal

Paris, 9. Okt. Wie aus Boulogne sur Mer berichtet wird, war das Wetter im Kanal gestern so schlecht, daß der fahrplanmäßige Kanaldampfer fünfmal vergeblich versuchte, einen Hafen der französischen Küste anzulaufen. Er mußte zunächst hinter einer Düne Schutz suchen und konnte erst abends 9 Uhr einlaufen, was eine Verspätung der nach Basel und Paris gehenden Anschlüsse um ungefähr vier Stunden zur Folge hatte.

Raubmord an einem Greisenpaar

Posen, 9. Okt. In Schroda ist das 77 und 65 Jahre alte Friedhofswärter-Ehepaar der jüdischen Gemeinde, Kisch, in der Wohnung ermordet aufgefunden worden. Die alten Leute, die sich mühsam durchs Leben schlugen, sind mit der Axt erschlagen worden. Die Schränke waren erbrochen, alle Schubkästen durchwühlt.

Schwere Strafen gegen Schwarzbrenner

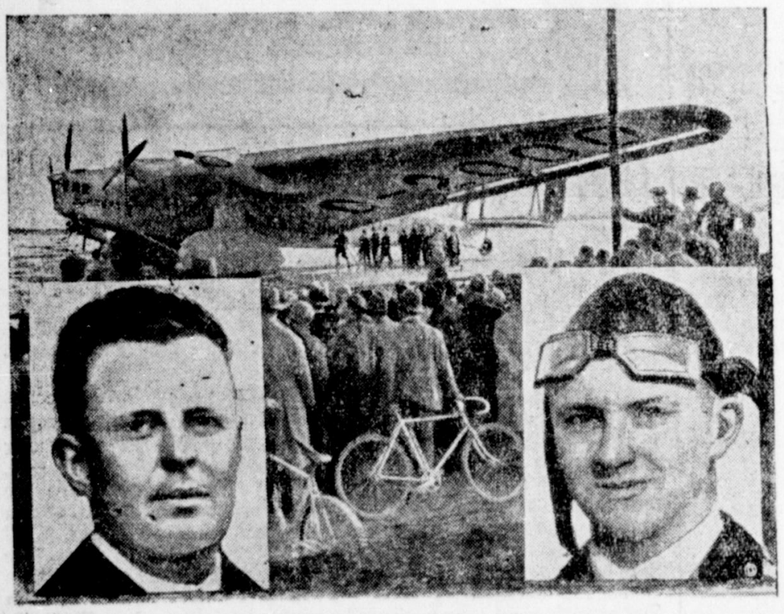
Landau (Pfalz), 9. Okt. Im Sondernheimer Schwarzbrennerprozeß wurde gestern spät abends das Urteil gefällt. Brennereibesitzer Adolf Grübel aus Sondernheim wurde wegen fortgesetzten Vergehens der Monopolsteuerhinterziehung, wegen Schwarzbrennerei, Amtsbestechung und Beihilfe zu einer Urkundebeseitigung zu einem Jahr zwei Monate Gefängnis und rund 600 000 Mark Geldstrafe bzw. Wertersatzleistung verurteilt. Der Zollassistent Michael Schmitt aus Germersheim erhielt wegen Beihilfe zur Monopolsteuerhinterziehung, wegen passiver Bestechung und wegen Urkundebeseitigung bzw. Beihilfe dazu zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus und eine Geldstrafe von rund 400 000 Mark (einschließlich der Wertersatzleistung). Auf die Freiheitsstrafe werden Schmitt fünf Monate zwei Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Der Schmied Friedrich Grübel und der Brenner Friedrich Eßmann, beide aus Sondernheim, wurden wegen Beihilfe zu zwei Monaten bzw. einen Monat Gefängnis und Geldstrafen bzw. Wertersatzleistung von rund 270 000 Mark verurteilt.

Korkfabrik in Flammen

Berlin, 9. Okt. In den Lagerräumen der bayerischen Korkfabrik Augsburg-Aystetten entstand dem Lokalanzeiger zufolge Feuer, das sich bei dem Sturm außerordentlich rasch verbreitete. Als die Feuerwehr erschien, stand der fast 100 Meter lange und 30 Meter breite Hauptteil der Fabrik in Flammen. Verbrannt sind außer den Vorräten auch sämtliche wertvollen Maschinen. Das Gebäude wurde bis auf die Grundmauern eingeäschert.

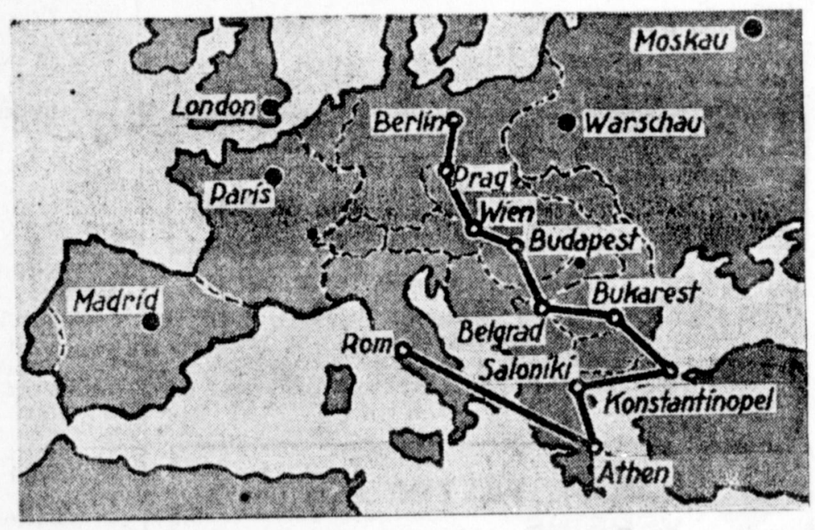
Auto mit 5 Personen zermalmt

Paris, 9. Okt. Bei einer Eisenbahnüberführung bei Auch in Südfrankreich wurde ein mit fünf Personen besetztes Automobil von einem Lokalzuge erfaßt und zermalmt. Drei Personen kamen ums Leben.



D. 2000 fliegt rund um Europa.

Das größte deutsche Landflugzeug, die viermotorige Junkersmaschine G. 38, die die Zulassungsnummer D. 2000 trägt, ist zu einem Europarundflug gestartet, bei dem fünfzehn Staaten besucht werden. Die erste Etappe führt über Prag — Wien — Budapest — Belgrad — Bukarest — Konstantinopel — Saloniki und Athen nach Rom. Der weitere Flug dürfte die Mittelmeerküste entlanggehen. Neben der technischen Erprobung werden die Exportinteressen der Luftfahrtindustrie besonders berücksichtigt. Das Flugzeug steht unter der Führung von Flugkapitän Zimmermann (Junkerswerke) und Flugkapitän Brauer (Lufthansa). Hinzu kommt noch die technische Besatzung und Vertreter der Junkerswerke sowie der Lufthansa, so daß die Zahl der Expeditionsteilnehmer insgesamt zwölf beträgt.



Unsere Bilder zeigen: Die D. 2000 und ihre beiden Führer: Flugkapitän Zimmermann (rechts) und Flugkapitän Brauer (links) sowie die Uebersichtskarte der ersten Etappe des Fluges.

Die Spur des Täters ist verloren...

DETEKTIVROMAN VON HERMANN DRESSLER

23) (Fortsetzung.)

Das einzig Lebendige in jenem menschlichen Riesenaquarium ist der blaue Funke, der in den vier großen, vom Deckengewölbe herabhängenden Bogenlampen zwischen den Elektroden überspringt und mit leisem Knistern und Surren den Trauermarsch der Gefriermaschinen begleitet.

Mir war, als ob die Grabeskälte durch die Scheiben wehte und mich bis ins Mark erschauern ließe, obgleich draußen ein schwüler Junitag über den Straßen brütete.

„So", sagte Till, „nun wollen wir einmal schnell nachprüfen, ob der tödliche Schlag am Haupte Benjamin Graeves von dem Hammer herstammt. Machen Sie uns doch einmal Nr. 17 zugänglich!"

Der Beamte drehte eine Kurbel, worauf das Bodenbrett mit Benjamin Graeve in Schienen nach vorn ausrollte. Ein eisiger Hauch fuhr sausend durch die pneumatisch schließende Oeffnung.

Das Haupt des Toten war an dieser Stelle bereits rasiert. Till führte die Spitze des Hammers vorsichtig in die hartgefrorene Wunde und wies mir einwandfrei nach, daß der Schlag nur von diesem Instrument herrühren konnte.

„Bis an diese Stelle ist er eingedrungen", sagte er. „Zirka fünfeinhalb Zentimeter, wie du siehst."

Ich stellte fest, daß der Schädelknochen des Ausgewachsenen ziemlich dickwandig war, eine Erscheinung, die bei solch körperlich anormalen Menschen fast regelmäßig zu beobachten ist.

„Der Schlag muß mit ziemlicher Wucht geführt worden sein", konstatierte ich, „und zwar, nach der Richtung des Stoßkanals zu schließen, von oben."

„Das ist auch meine Ansicht", pflichtete Till bei. „Wir haben unsere Arbeit bereits getan", wandte er sich an den Beamten. „Sie können den Toten wieder hinter das Glas befördern."

Die Kurbel trat in Tätigkeit, der Schlitten glitt in seinen Lagerschienen zurück.

Wir kehrten diesem Orte des Grauens den Rücken.

Draußen umfing uns ein heller Sommertag, und wenige Minuten später umringte uns wieder das Leben mit seiner raffinierten Eleganz, seinen bunten Farben, rauschenden Gewändern, blitzenden Steinen und weichen Düften.

5. Kapitel.

„Den Rest des Vormittags wollen wir dazu verwenden, uns einmal die Personen anzusehen, in deren Umgebung Benjamin Graeve lebte", schlug Till vor.

So fuhren wir direkt nach der Schönhauser Landstraße hinaus, an welcher der Großindustrielle seine Wohnung gehabt hatte. Die geräumige Villa stand, einer Modelaune im Baugeschmack der Zeit ihrer Errichtung folgend, direkt an der Straßenfront, während sich der geräumige Garten mit alten Bäumen und Obstkulturen hinter ihr dehnte.

Da der Staatsanwalt seiner Pflicht in diesem Hause schon Genüge getan hatte, war der Schutzmannsposten eingezogen worden, so daß unserem Eintritte keine Schwierigkeiten entgegenstanden.

„Wir gehen gleich an die rechte Schmiede", sagte Till, indem er das öffnende Mädchen bat, unsere Karten direkt an Frau Graeve abzugeben.

Die Frau des Hauses war allein in ihren Räumen und ließ auch sofort bitten.

Sie war von einer stattlichen Erscheinung, ohne üppig zu sein. Das Schwarz der Witwenkleidung stand ihr gut zu dem gesundbraunen Teint und dem brünetten Haar.

„Sie bedürfen wohl keiner Aufklärung darüber, gnädige Frau, was uns veranlaßt, Sie aufzusuchen?" fragte Till.

„Die Herren sind mir dem Namen nach bestens bekannt," erwiderte Frau Graeve und rückte uns zwei Sessel zurecht. „Sie waren es ja, die meinen Mann und meinen Schwager unter so entsetzlichen Umständen fanden und ich vermute, daß das der Anlaß Ihres Besuches ist!"

„Ganz recht, Frau Kommerzienrat," entgegnete Till. „Und ich hoffe, daß wir Sie nicht lange mit der Angelegenheit zu quälen brauchen. Mein Beruf erfordert es leider, gewissen Zusammenhängen und Vermutungen, oder darf ich sagen: Verdächtigungen an Ort und Stelle nachzuspüren. Ein Detektiv sieht oft anders und mehr als ein Jurist!"

„Sie quälen mich nicht, ich habe selbst das größte Interesse daran, daß der Fall restlos aufgeklärt wird. Nicht des Toten wegen, meine Herren, sondern um des Lebenden willen!"

„Sie meinen Ihren Schwager Philipp Graeve?"

„Ja!"

„Sind Ihnen denn die Kombinationen der Staatsanwaltschaft bekannt?"

Sie lächelte.

„Die Untersuchungen, Fragen und Feststellungen der Kommission bewegten sich nur in dieser Richtung!"

„Hm! Vielleicht nicht gerade sehr taktvoll, aber jedenfalls offen. Und das ist auf jeden Fall das Wichtigste. Wie stellen Sie sich zu diesen Anschuldigungen Ihres Schwagers?"

„Anfangs war ich empört, jetzt lache ich darüber."

„Sie halten also einen anderen für den Täter? Und erkennen auch die Motive, die man Philipp Graeve unterschiebt, für falsch?"

Die Frau erhob sich.

„Wer als Täter in Frage kommt, kann ich nicht einmal ahnen, Herr Mark. Philipp bestimmt nicht, obgleich viele Gründe gegen ihn sprechen."

„Darf ich Sie über gewisse Verhältnisse offen befragen und Sie bitten, mir ebenso unverhohlen Ihre Anschauungen mitzuteilen?"

„Bitte, fragen Sie!"

„Die beiden Brüder lebten in Unfrieden miteinander?"

„Das ist vielleicht zu stark ausgedrückt. Sie standen in ihren Weltanschauungen auf ganz entgegengesetztem Boden und mieden deshalb den gegenseitigen Verkehr so gut wie ganz. Philipp ist Idealist, schwärmerisch veranlagt und jagt großen, weitschauenden Zukunftsträumen nach. Mein Mann dagegen — Sie werden es vielleicht pietätlos finden — war der Typus des engherzigen, berechnenden Geschäftsmannes, der nur auf Mehrung seines Reichtums bedacht war. Daß er dabei mich vernachlässigte, schreibe ich ihm nicht auf die Verlustseite. Ich hing nicht an ihm und trauere nicht um ihn. Wir waren uns Fremde vom ersten Tage unserer Ehe an."

(Fortsetzung folgt.)

Die Revolution in Brasilien

Die Revolutionäre auf dem Vormarsch - Schwache Aussichten für die Regierung

Paris, 9. Okt. (Drahtmeldung.) Die Lage in Brasilien beurteilt der „Matin" wie folgt: Aus der Ferne gesehen scheint der Ausgang des Kampfes zum Teil von der Haltung des Staates Sao Paolo abzuhängen. Die letzten Meldungen wollen wissen, daß dieser Staat sich den regierungstreuen Elementen angeschlossen habe. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, dann hat die reguläre Regierung noch einige Aussicht, der Lage Herr zu werden, jedoch wächst in Rio de Janeiro die Beunruhigung, und die Treue zur Regierung läßt nach.

Neun brasilianische Staaten in Händen der Aufständischen?

Paris, 9. Okt. (Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Montevideo sollen neun der zwanzig brasilianischen Bundesstaaten in die Hände der Aufständischen gefallen sein. Diese Nachricht stützt sich auf Berichte aus dem Lager der Aufständischen.

Gegenaktion der Bundestruppen

Neuyork, 9. Oktober. (Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Rio de Janeiro haben die Bundestruppen im Staate Santa Catharina die Offensive ergriffen. General Costa hat die Regierungsstellen von Sao Paulo davon verständigt, daß 2500 Mann Kavallerie und fünf Infanterieregimenter sich auf dem Marsche befinden.

Nach aufgefangenen Funksprüchen der Aufständischen haben diese den Eisenbahnknotenpunkt von Lorena besetzt und so die Verbindung der Bundestruppen zwischen Rio und Sao Paulo unterbrochen.



Karte des von der Revolution erfaßten Gebietes. Die drei Aufstandszentren sind dunkel eingezeichnet. Oben links der Führer des südlichen aufständischen Blocks, Präsident Vargas.

Hitler Lügen gestraft

Die Aufgabe der Nationalsozialisten in der Reichswehr

Stuttgart, 9. Okt. (Eig. Drahtber.) Obwohl Adolf Hitler die Welt mit Versicherungen über die rein legalen Absichten seines Vorgehens überschüttet und dadurch irre zu führen versucht, hat der Führer seiner Partei in Württemberg, Mergenthaler, in einer in Stuttgart abgehaltenen Naziversammlung das direkte Gegenteil gesagt. Der Sinn seiner Ausführungen war folgender: Die deutsche Regierung stehe mit beiden Füßen auf dem Boden des Versailler Vertrages und habe weiterhin den Willen zur Versklavung. Es sei die selbstverständliche Pflicht jedes Reichswehroffiziers und jedes Beamten, daß er einen Dreck nach einer derartigen obersten Führung frage. Die Leute, die auf eigene Faust sich zum Befreiungskampf rüsten, verdienen größtes Lob. Es sei Pflicht der Nationalsozialisten, die Reichswehr im nationalen Geiste zu beeinflussen und den Ungeist des Herrn Groener aus der Reichswehr zu verbannen. Der Leipziger Hochverratsprozeß habe vielen tausenden Reichswehrangehörigen die Augen geöffnet, daß sie einer Führung Groeners, dieses eidbrüchigen Generals, nicht länger gehorchen sollten, wenn sie die deutsche Freiheit wollten. Die erste Forderung, falls die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, sei, fort mit Groener. Sodann vollständige Aenderung der Außenpolitik, keine Tributzahlung mehr, sondern Zerreißung der Kriegsschuldlüge.

Der Hakenkreuzfeldzug in Braunschweig

Vier sozialdemokratische Kreisdirektoren entlassen

Braunschweig, 9. Okt. (Eig. Drahtber.) Die neue Hakenkreuz-Regierung in Braunschweig hat vier sozialdemokratische Kreisdirektoren vom 1. April 1931 pensioniert. Man teilte die Pensionierung den Beamten auf einem Formular mit, auf dem jedesmal nur der Name eingesetzt zu sein brauchte. In dem Begleitschreiben wurde ferner mitgeteilt, daß sie sich sofort allen Diensthandlungen zu enthalten hätten. Sie mußten die Amtsräume sofort verlassen. Der Feldzug des Hakenkreuzkabinetts gegen die wenigen sozialdemokratischen Beamten des Freistaates Braunschweig hat also begonnen.

Der Labour-Kongreß

Sozialpolitik - Abrüstung - Parlamentsreform - Vorstandswahl

London, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die am Mittwoch auf dem Labour-Kongreß begonnene Sozialdebatte füllte auch den größten Teil der Donnerstag-Sitzung aus. Die Delegierten hörten zunächst ein Referat des Ministers für das Gesundheitswesen Greenwood. Im Mittelpunkt seiner auf äußerst geistiger Höhe stehenden Ausführungen stand der Wohnungsbau, der Mutterschutz und die Säuglingspflege und die hierzu von der Regierung ausgearbeiteten und dem Unterhause unterbreiteten Pläne. Gleichzeitig berichtete der Minister, die Regierung habe neben den hierfür bereits angesetzten Summen neue acht Millionen Pfund Sterling im laufenden Etat für die Witwenpensionen hinzugefügt, so daß die Witwenfürsorge im kommenden Jahre weiter ausgedehnt werden kann. Unter den in der Diskussion besprochenen Entschließungen befand sich auch der Antrag auf Herabsetzung des pensionsfähigen Alters der Arbeiter und Angestellten von 65 auf 60 Jahre. Greenwood warnte den Kongreß vor der Annahme, da die Regierung keine Möglichkeit sehe, die hierfür notwendigen Riesensummen aufzubringen. Der Gewerkschaftsführer Bevin war der gleichen Ansicht, während Cook den Antrag befürwortete. Er wurde schließlich mit 1 221 000 gegen 444 000 Stimmen angenommen. Als Pensionssumme verlangt der Kongreß ein Pfund pro Woche und Person. Es folgte eine Debatte über die europäische Abrüstung, die durch einen von Fenner-Brockway begründeten Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei hervorgerufen wurde. U. a. verlangt die Unabhängige Arbeiterpartei die Kriegsdienstverweigerung. Henderson bittet zur Tagesordnung überzugehen, denn niemand wünsche sehnlicher die Generalabrüstung und niemand habe mehr dafür getan, als die Labour-Party. Der Kongreß schloß sich mit überwältigender Mehrheit der Ansicht des Außenministers an und verweigerte die Abstimmung über diese Entschließung. Eine Parlaments-Reform verlangte der nächste Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei. Morrison erklärte im Namen der Regierung, auch sie sei von der Notwendigkeit gewisser Reformen überzeugt, und ein Komitee arbeite bereits an dieser Frage. Die weitergehenden Anträge der Unabhängigen Arbeiterpartei wurden abgelehnt.

So wichtig und aufschlußreich die Sozialdebatte gewesen sein mag, das Ereignis der Tages war doch die mittlerweile vorgenommene Vorstandswahl. Thomas, der jetzige Minister für die Dominien, kehrt nicht mehr in die Exekutive zurück. Für seine Wahl traten nicht einmal alle Gewerkschafter ein. Er unterlag mit 836 Stimmen, während Clynes mit 2 Millionen Stimmen wiedergewählt wurde. Die zweite Ueberraschung bildete die Wahl Moslys, der mit 1 362 000 Stimmen neu in die Exekutive einzieht. An Stelle des zurückgetretenen Macdonald wird Henderson einstimmig zum Schatzverwalter der Partei bestimmt. Der Durchfall von Thomas zeigt, wie tief die Mißstimmung über seine Tätigkeit als Minister für Arbeitsbeschaffung die Reihen der Labour-Party und der Gewerkschaften durchflutet hat.

Die Demokraten manövrieren

Berlin, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, besteht bei der Deutschen Staatspartei die Absicht, den Fraktionsführer August Weber auch zum Parteiführer zu machen. Darüber hinaus beraten die Demokraten, ob sie die neue Staatspartei durch jungvolksparteiliche Kreise verbreitern, oder aber die Fühlung zu den Unabhängigen Demokraten aufnehmen sollen um so der Partei eine gewisse Linksfärbung zu geben.

Warum stürzte D1930 ab?

Berlin, 9. Okt. (Drahtmeldung.) Die vom Reichsverkehrsminister angeordnete Untersuchung des Flugzeugunglücks bei Dresden hat ergeben, daß das Unglück nicht durch technische Mängel des Flugzeuges D 1930 verursacht worden ist. Nach Feststellung der Untersuchungskommission entsprechen die Abmessungen des Flugplatzes Dresden-Heller zwar den gesetzlichen Bestimmungen, der Platz biete aber infolge der unregelmäßigen Bodengestaltung seiner Umgebung und der dadurch bedingten ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse bei Start und Landung von Flugzeugen besondere Schwierigkeiten.

Der Gleitflug, zu dem das Flugzeug D 1930 vor der beabsichtigten Landung ansetzte, führte durch die ungewöhnlich turbulenten Luftströmungen, die im Anschwebegebiet des Flughafens über den bewaldeten Höhen und dem Prießnitz-Grund herrschten. Hierbei ist die Mindestgeschwindigkeit des Flugzeuges wohl unterschritten worden. Das Flugzeug geriet dadurch in eine unbeabsichtigte Dreheigenbewegung (Trudeln), aus der es vom Führer nicht mehr aufgerichtet werden konnte und stürzte schließlich senkrecht zur Erde.

Auf Grund des Unfalles wird geprüft werden, ob der Flughafen Dresden-Heller weiter derart verbessert werden kann, daß er auch bei ungünstigen Witterungsverhältnissen die volle Verkehrssicherheit gewährleistet.

Der Reichsverkehrsminister hat zunächst die beteiligten Luftverkehrsgesellschaften angewiesen, im regelmäßigen Luftverkehr den Flugplatz Dresden-Heller bis auf weiteres nicht mehr anzufliegen.

Die sächsische Regierung hat gegen die Sperrung des Flugplatzes Dresden-Heller Einspruch erhoben.

Neun Millionen Sklarek-Verlust der Stadtbank

Berlin, 9. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Geschäftsbericht der Berliner Stadtbank ist, der DAZ. zufolge, dem Magistrat zugeleitet worden. Der Umsatz im letzten Geschäftsjahr ist um 2,2 Milliarden auf 2586 Millionen Mark gestiegen. Die Verluste, die das Institut durch den Sklarek-Skandal erlitten hat, werden bei einer Konkursquote von zehn Prozent neun Millionen Mark betragen. Von diesen neun Millionen hofft die Stadtbank aus ihren Reserven zwei Millionen decken zu können. Die übrigen sieben Millionen müßten von der Berliner Stadthauptkasse getragen werden.

Nach der Verhaftung erhängt

Die Birkenfelder Spionageaffäre

Birkenfeld, 9. Oktober. (Drahtmeldung.) Der frühere Rat der Birkenfelder Landesregierung und Sekretär des Landesverbandes, Bleicker, der vor einigen Tagen von der Landeskriminalpolizei in Köln unter dem Verdacht der Spionage zugunsten einer fremden Macht verhaftet worden war, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Keine Unterbrechung des Frenzel-Prozesses

Berlin, 9. Okt. (Drahtmeldung.) Im Frenzelprozeß erlitt die Hauptbelastungszeugin Gertrud Frenzel bei der gestrigen Verhandlung einen Nervenzusammenbruch, so daß die Sitzung ein vorzeitiges Ende fand. Zur heutigen Verhandlung war Gertrud Frenzel nicht erschienen. Im Auftrage des Gerichts untersuchte Professor Kramer die Zeugin in Bornim und gab sein Gutachten dahin ab, daß sie infolge eines seelischen und körperlichen Zusammenbruchs keinesfalls vor Sonnabend wieder vernommen werden könne. An ihrer Stelle vernahm das Gericht heute eine ihrer Freundinnen. Der Prozeß wird, entgegen anders lautenden Meldungen, nicht unterbrochen, sondern planmäßig weitergeführt.

Ersparnisse durch Abrüstung

Washington, 9. Okt. (Drahtmeldung.) Der Chef der Abteilung für Flottenoperationen, Admiral Pratt, hat mitgeteilt, daß im laufenden Fiskaljahr durch Verminderung der Flottenstärke und des Mannschaftsbestandes um 4800 Mann eine Ersparnis von 3 420 000 Dollar im Etat der amerikanischen Flotte erzielt werden wird. Die Zahl der Zerstörer wird von 109 auf 92 und die Tonnage der U-Boote auf weniger als 52 700 Tonnen herabgesetzt werden.

Umgestaltung des Memeler Landesdirektoriums

Memel, 9. Oktober. (Drahtmeldung.) Der Präsident des Landesdirektoriums des Memelgebietes, Reisgys, hat nunmehr auf Grund der Genfer Abmachungen, nach denen noch vor dem 10. Oktober an Stelle der beiden bisherigen Landesdirektoren Dugnus und Czeskleba zwei den Mehrheitsparteien angehörende oder ihnen nahestehende Direktoren ernannt werden sollen, den Bürgermeister Schulz-Memel und den Beisitzer Sziegaud zu Mitgliedern des Landesdirektoriums ernannt. Die Abberufung der beiden bisherigen Direktoren Dugnus und Czeskleba ist inzwischen erfolgt.

Piccards Stratosphärenflug auf unbestimmte Zeit verschoben

Augsburg, 9. Oktober. Professor Piccard hat seinen Flug auf unbestimmte Zeit verschoben, da nach den vorliegenden Meldungen die Wetterlage sich auf Wochen ungünstig gestalten wird. Piccard, der seit kurzem wegen einer Erkältung das Bett hüten muß, wird in den nächsten Tagen Augsburg verlassen, um in Brüssel besseres Wetter abzuwarten. Der Start kann auch im Winter erfolgen, da die Kälte weder auf die Füllung des Ballons noch auf die beiden Fahrer in den Lüften nachteilig wirkt. Ballon und Hülle bleiben startbereit in der Ballonfabrik Riedinger in Augsburg verwahrt, so daß innerhalb 24 Stunden der Start erfolgen kann.

Lebensmittel
für die sparsame Hausfrau!

Molkereibutter leicht gesalzen Pfd. **1.45**

Schinken gekocht . . ½ Pfd. **-.95**

Schweinebacken geräuchert . . Pfd. **-.95**

Frische **Suppenhühner** Pfund **-.95**

Frischgeschossene **Hasen** im Fell, Pfd. **-.95**

Hasenpfeffer vom ganzen Hasen Pfund **1.25**

Käse und Butter

Feine Molkereibutter	ohne Salz Pfd.	1.60
Feinste holl. Molkereibutter	Pfd.	1.70
Tilsiter Käse	halbfett . . . . Pfund	0.62
Holländer Käse	vollfett . . . Pfund	0.78
Edamer Käse	vollfett . . . . . Pfund	0.85
Tilsiter Käse	vollfett . . . . . Pfund	0.95
Bayr. Schweizer Käse	. . Pfund	1.35
Emmenthaler	o. Rinde, Schachtel 6 teil.	0.70
Frühstückskäse	. Rolle = 6 Stück	0.60
Omakäse	streichfertiger Tilsiter, Paket	0.48

Wild u. Geflügel

Wildragout	. . . . . Pfund	0.85
Wildbraten	. . . . . Pfund	1.10
Hirschkeule	. . . . . Pfund	1.30
Hasenrücken	. . . . . Pfund	1.80
Masthahnen	. . . . . Pfund	1.50
Mastenten	. . . . . Pfund	1.60

Wurstwaren

Saure Sülze	. . . . . Pfund	0.40
Leberwurst	. . . . . Pfund 0.95	0.50
Rotwurst	. . . . . Pfund 1.00	0.50
Bierwurst	. . . . . Pfund	1.00
Fleischwurst	. . . . . Pfund	1.10
Brühwurst	. . . . . Pfund	1.20
Streichmettwurst	. . . . . Pfund	1.20
Westfälische Plockwurst	. Pfund	1.45
Westf. Schinkenplockwurst	Pfund	1.75
Westfäl. Cervelatwurst	. . Pfund	1.80

Delikatessen

Fischfilet	bratfertig . . . . . Pfund	0.60
Seelachs	geräuchert, in Scheiben Pfd.	0.75
Heringssalat	. . . . . Pfund	0.85
Fleischsalat	. . . . . Pfund	1.10
Mayonnaise	. . . . . Pfund	1.20
Bücklinge	. . . . . Pfund	0.35

Kolonialwaren

Gelbe Erbsen	. . . . . Pfund	0.19
Grüne Erbsen	. . . . . Pfund	0.20
Weiße Bohnen	. . . . . Pfund	0.25
Linsen	. . . . . Pfund	0.22
Vollreis	. . . . . Pfund	0.19
Sultaninen	. . . . . Pfund 0.45	0.38
Aprikosen	getrocknet . . . Pfund 0.95	0.55
Kaliforn Mischobst	. . Pfund 0.60	0.50
Salatöl	helles . . . . . Liter	0.58
Erdnußöl	. . . . . Liter	0.76

Kaffee

Frisch gebrannt — Kostproben gratis

Santos	reinschmeckend . . . . . Pfund	1.95
Perlkaffee	. . . . . Pfund 3.00, 2.80	2.35
Haushalt-Mischung	. . . . Pfund	2.80
Spezial-Mischung	. . . . . Pfund	2.75
Alsbergs-Mischung	. . . Pfund	3.20

Konserven

Junge Brechbohnen	. . . ½1 Dose	0.50
Junge Schnittbohnen	. . . ½1 Dose	0.50
Gemüse Erbsen	. . . . . ½1 Dose	0.50
Junge Erbsen	. . . . . ½1 Dose	0.65
junge große Bohnen	. . . ½1 Dose	0.68
Brechspargel	dünn . . . ½1 Dose	1.60
Stangenspargel	dünn . . . ½1 Dose	1.75
Pflaumen	mit Stein . . . . ½1 Dose	0.60
Erdbeeren	. . . . . ½1 Dose	1.55
Ananas	gesüßt . . Dose — 6 Scheiben	0.95

Konfitüren

Bonbonmischung	. . . . . Pfund	0.50
Blockmalz	. . . . . Pfund	0.80
Eucalyptus	gewickelt . . . . Pfund	1.00
Spekulatius	. . . . . Pfund	0.60
Aachener Printen	. . . . . Pfund	0.80
Sandgebäck	. . . . . Pfund	0.95

Weine

29er Frankw Burgacker	. Liter	0.75
29er Gaubickelheimer	. . . Liter	0.93
29er Niersteiner Domthal	. Liter	0.95
29er Lieserer Riesling	. . . Liter	1.20
Valencia Montagne	. . . . Liter	0.85
Vermuthwein	. . . . . Liter	0.95
Tarragona	. . . . . Liter	0.95
Griechischer Süßwein	. . . Liter	0.95
Malaga	rotgold . . . . . Liter	1.15
Insel Samos	. . . . . Liter	1.25

Spirituosen

Preise ohne Glas

Münsterländer Korn	. . . 1-Ltr.-Fl.	2.85
Wacholder	. . . . 1-Ltr.-Flasche	3.20
Weinbrand-Verschnitt	. 1-Ltr.-Fl.	3.65
Reiner Weinbrand Spez.	1-Ltr.-Fl.	4.45
Jam. Rum-Verschn. 38%	. . 1-Ltr.-Fl.	4.20
Jam. Rum-Verschn. 45%	. . 1-Ltr.-Fl.	4.80

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Theater **Schauburg** Gelsenkirchen

Täglich ausverkaufte Vorstellungen!

Der uneingeschränkte Beifall aller Besucher und vielfach stürmischer Vergnügungsrausch während der Vorstellung beweisen uns, daß unsere

Ufaton-Film-Operette

Die Drei von der Tankstelle

mit **Lilian Harvey, Willy Fritsch, Olga Tschechowa, Oskar Karlweiß, Heinz Rühmann, Kurt Gerron, Fritz Kampers, Felix Bressart, Gertr. Wolle**

die richtige Kost für alle Kinofreunde ist.

Wir verlängern dieses erfolgreiche Programm um einige Tage

und zeigen dazu neu:

Micky Maus in **Höllenzauber**

Und ein reiches **Beiprogramm**

Ob Sie's glauben oder nicht: -

36 Filmstars spielen - sprechen singen - in dem originellen **Tonfilm**

Die große Sehnsucht

36 unserer Filmlieblinge tummeln sich in diesem einzigartigen Film. Wir erleben den Aufstieg einer Filmkomparsin — Camilla Horn — und sehen die Prominenten bei der Arbeit — Wir feiern lustigen Geburtstag bei Anny Ondra und belauschen eine Abendgesellschaft bei Liane Haid

Im Beiprogramm:

Lustiges
Lehrreiches
Aktuelles

Die Katastrophe des engl. Luftschiffes R 101

Kassenöffnung 2 Uhr.
Täglich 2.50, 6, 9 Uhr.

APOLLO - THEATER

Film UHU Bühne

Gelsenkirchen, Hochstraße 1

Ab heute 2 Uhr wieder große Bühnenschau u. Standard-Filme von Weltklasse!

Das grandioseste Bild aus Rußland:

Das Donkosakenlied

(Das Lied von den 12 Räubern)

12 wuchtige Akte mit Lien Deyers und Hans. A. v. Schlettow, der Hauptdarsteller in „Wolga-Wolga".

Hof, Glanz, Prunk, Pracht und im Gegensatz: Elend, Not, Gefängnis und romantische Räuberleben. — Wild aufreizende, dann wieder schwermütige Gesänge begleiten dieses herrliche Bild.

2.

ERSTAUFFÜHRUNG!

Milton Sills in dem neuen Groß-Film:

Rummelplatz der Liebe.

8 Riesenakte.

Eine im höchsten Maßstabe fesselnde Handlung aus dem bunten Treiben u. den Intimitäten des Zusammenlebens d. fahrenden Artisten.

Ein Film der ewigen Jugend!

3.

In die Falle gelockt!

Ein tempogeladener Wildwest-Film.

Lustspiel! / Wochenschau!

Auf der Bühne:

Aurichs's bunter Bilderbogen

aus der **Lichtburg Essen.**

Eine prunkvolle Schau, Tänze, Witz und Humor einer lustigen Schar beweglicher Tänzerinnen und pfiffiger Humoristen.

10 Künstler und Künstlerinnen.

Industrie-Kino

Das mit allgemeiner Spannung erwartete Großprogramm!!

Die liebreizende Lien Deyers,

ferner: **Toni Tetzlaff, J. Kowal Samborski, Robert Garrison** in dem deutschen Großfilm über den

internationalen Mädchenhandel

Gehetzte Mädchen

7 Akte voll nervenpeitschender Spannung aus d. modern. Gegenwart.

An einem Einzelschicksal eines jungen entführten Mädchens lernt man die ganze Bestialität dieser gemeinen Verbrecher kennen und die Wege, die jene dunklen Ehrenmänner gehen, um ihre armen Opfer ins Verderben zu führen.

Liebe, Lachen, Sensationen, verpatzte Ueberfälle!

„Johnny braucht Geld"

Ein Abenteuerfilm aus New York in **7** Akten.

Der Film ist ein Hochgenuß für die die Esprit, Schönheit, Charme und Spannung zu schätzen wissen.

Ein Indianer-Großfilm:

„Auf dem Kriegspfade"

6 sensationelle Akte aus dem Wilden Westen.

Die Handlung spielt um das Jahr 1887, als die Indianer noch in heftiger Fehde mit den Weißen lagen und immer wieder das Kriegsbeil ausgruben.

Die neue Wochenschau!

Die Katastrophe des englischen Luftschiffes R 101

Niedrige Eintrittspreise: RM 0.40, 0.60, 0.90 u. 1.50

Allgem. Ortskrankenkasse Gelsenkirchen

Die Mitglieder des Kassen-Ausschusses werden hiermit zu einer

außerordentlichen Ausschuß-Sitzung

für Montag, den 20. Oktober 1930, abends 8 Uhr in den oberen Saal des Hans-Sachs-Hotels freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:
Aenderung der Kassensatzung.

Der Vorsitzende des Kassenvorstandes
gez. Chemnitz.

Hedi Euren Bedarf an Büchern in der „Volksbuchhandlung"

BUCHDRUCKEREI VOLKSWILLE

Nach eigenen, modernen Entwürfen liefern wir gute, saubere Drucksachen

Ringstraße 33 ■ Sammel-Nr. 25841

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Für die freiwillige Feuerwehr im Stadtteil Resse soll zur Beförderung von 16 Personen ein Mannschaftswagen — 2 to Chassis — ohne Karosserie beschafft werden, wogegen eine gut erhaltene 6 Zylinder Opel-Limousine in Zahlung gegeben werden soll.

Interessenten wollen ihre Angebote bis zum 22. ds. Mts., im Rathaus Gelsenkirchen, Zimmer 45a, abgeben.

Gelsenkirchen, den 8. Oktober 1930.

Der Oberbürgermeister.